

CONTRASTE

SCHÖNFELDER STR. 41A – 34121 KASSEL

369 32. JAHRGANG 4 50
Juni 2015

AUS DEM INHALT:

LONGO MAÍ PROTESTIERT GEGEN NAZIS

Angesagt war ein NPD-Aufmarsch in Demmin, einer Kleinstadt in Mecklenburg-Vorpommern zwischen Berlin und Rostock, nicht weit vom Hof Ulenkrug der Kooperative Longo maí. Deren Mitglieder engagierten sich im Aktionsbündnis 8. Mai.

Seite 3

KONFERENZ: »EXZELLENZ FÜR ALLE!«

Reicht Beiträge ein für die Konferenz »Exzellenz für Alle!«, die am 06. und 07. November 2015 in Oldenburg stattfindet. Schwerpunkt der Veranstaltung ist die Frage danach, wie wir mit den ökologischen und sozialen Herausforderungen unserer Zeit umgehen.

Seite 3

WELTFRAUENMARSCH

Bericht vom Start der feministischen Karawane durch Europa im Rahmen der 4.internationalen Aktion des Weltfrauenmarschs. Aktivistinnen aus der BRD berichten von ihren Erfahrungen in der Osttürkei rund um den internationalen Frauentag.

Seite 4

DIE FREIRAUMTAGE DORTMUND

Aus einer ersten Besetzung im August 2014 entstand »Avanti«, die Bewegung für ein soziales Zentrum im Dortmunder Norden. Mit einer turbulenten Aktionswoche machte sie nun wieder von sich reden. Marius Godel war als Aktivist vor Ort und schildert seine Eindrücke.

Seite 5

WAS MACHT EIGENTLICH...

Zum Jahresbeginn 2004 erregte die Göttinger Gruppe »Fans ohne Verein« bundesweite Aufmerksamkeit. Aus wirtschaftlichen Gründen wurde dem 1. SC Göttingen 05 vom DFB die Lizenz verweigert. Gegen Fahrtkosten, Bratwurst und Bier boten sie sich anderen Klubs als Unterstützer an. Heute haben sie einen selbstverwalteten Fanraum in der Göttinger Innenstadt.

Seite 6

PROSUMENTEN IM ENERGIESEKTOR

Schon seit Längerem lässt sich der Trend beobachten, dass sich Konsumentinnen und Konsumenten in den Prozess der Herstellung von Gütern und Dienstleistungen einmischen. Die Realisierung der Idee des Prosumers ist grundsätzlich auch im Energiesektor denkbar.

Seite 7

PATIENTENVERFÜGUNG (PATVERFÜ)

Ein Interview mit René Talbot von der Bundesarbeitsgemeinschaft Psychiatrieerfahrener zu den Möglichkeiten, die die PatVerfü eröffnet.

Seite 9

ERICH MÜHSAM

Ende des neunzehnten Jahrhunderts war auf dem Monte Verità bei Ascona ein vegetarisches Natursanatorium, ein Anziehungspunkt für Erich Mühsam. Die vegetarische Lebensweise war allerdings nicht das, was der Dichter sich erträumt hatte.

Seite 9

► www.contraste.org

KOMMUNEBEWEGUNG

Wenn das Gute liegt so nah...



Foto: Patricia Saif

Über 100 Erwachsene und 40 Kinder leben in den vier Kommune-Projekten in und um Kassel. Sie wollen nicht nur ihre Utopie einer besseren Gesellschaft in die Tat umsetzen, sondern auch in der Region sichtbar und wirksam werden. So entstand das Interkomm-Netzwerk Kassel.

VON REGINE BEYSS, REDAKTION KASSEL ● In einem Umkreis von knapp 20 Kilometern haben sich in den letzten Jahren drei neue Kommunen in und um Kassel angesiedelt: Die Villa Locomuna, die Gastwerke und der Lossehof. Die räumliche Nähe ist kaum zu übersehen. Mit der seit 1986 bestehenden Kommune Niederkaufungen fanden sie sich in bester Gesellschaft. Die Projekte verbindet nicht nur die Region, sondern auch ihr Selbstverständnis. Sie alle verstehen sich als politische Kommunen und orientieren sich an libertären, emanzipatorischen, solidarischen und ökologischen Ideen. Diese Gemeinsamkeiten sind die Grundlage für einen stetigen Prozess der Vernetzung, der klein angefangen hat und sich in immer deutlicher in gemeinsamen Aktivitäten niederschlägt.

Zwanzig Interkomm-Kommunard*innen fuhrten am 18. März 2015 Frankfurt am Main, um im Rahmen von Blockupy gegen die Eröffnungsfeier der neuen

EZB zu protestieren. Es war ihnen wichtig, als Gruppe wahrgenommen zu werden, also gestalteten sie Transparente und Flyer und formulierten eine eigene Botschaft: Kommunen als Alternative zur dauerhaften Krise namens Kapitalismus.

Diese Alternative setzen die Kommunard*innen schon jetzt in ihrem Alltag praktisch um. Besonders wichtig sind ihnen dabei die gemeinsame Ökonomie und ein gleichberechtigtes Miteinander ohne Machtstrukturen. Einerseits haben sie damit bereits eine Menge positive Erfahrungen gemacht, andererseits stoßen sie immer wieder auf neue Probleme und Herausforderungen. Der Austausch im Interkomm-Netzwerk soll helfen, tragfähige Lösungen zu finden und gleichzeitig einen Blick in das Leben der anderen Kommunen zu werfen.

Darüber hinaus hilft das Netzwerk, wenn es um größere und regionale Projekte geht, wie zum Beispiel die Solidarische Landwirtschaft. Sie sichert nicht nur die gemeinsame Versorgung der Kommunard*innen mit Bio-Gemüse, sondern bindet viele Menschen aus der Umgebung mit ein. Gleichzeitig treibt sie die gemeinsame Ökonomie voran – über die Grenzen der einzelnen Kommunen hinaus.

Das Thema der Altersvorsorge spielt außerdem eine

Rolle in und zwischen den Kommunen. Zuletzt besuchte eine Studentin zwei der Kommunen, um zu untersuchen, inwiefern dort schon heute Ansätze einer sozialen Sicherung in Postwachstumsökonomien realisiert werden. Im Interview erzählt sie, welche Eindrücke sie in Kassel sammeln konnte. Wie stellen sich die Kommunard*innen die Zukunft vor? Wohin soll sich ihr Projekt entwickeln? Und wie können die gesellschaftlichen Verhältnisse geändert werden?

Natürlich geht es dabei auch immer um die Frage, wie die Kommunard*innen andere Menschen erreichen, die womöglich in bestehende Projekte einsteigen oder selbst ein neues Projekt gründen. Einen ersten Anstoß will das Interkomm-Netzwerk dafür mit einem eigenen Seminar geben: An vier Tagen lernen interessierte Teilnehmer*innen alle vier Kommunen kennen und erfahren, wie ihr Alltag und ihre politische Vision aussehen.

Konkrete Aktionen, interkommunitäre Strukturen, neue Ideen und Handlungsräume – all das ist in den letzten Jahren innerhalb des Interkomm-Netzwerkes entstanden. Der Prozess geht nicht in allen Bereichen gleichmäßig voran, mitunter stockt er auch. Dennoch: Vernetzung kann offensichtlich mehr sein als eine hohle Phrase. Die Interkomm-Region Kassel macht es vor. ●

AKTUELLES

Solidarität mit der selbstverwalteten Fliesenfabrik Zanon

Der Fliesenfabrik Zanon, einem der bekanntesten der übernommenen Betriebe in Argentinien, droht wegen der Weigerung der Regierung, bereits zugesicherte Kredite auszuzahlen, das ökonomische Aus. Die inzwischen hoffnungslos veraltete Maschinerie bedarf dringend einer Erneuerung. Um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, sammeln die compañer@s von Zanon nun auch international Unterschriften. Vollständige Fassung des Briefes unter: www.contraste.org

Wir schreiben Euch / Ihnen diesen Brief mit der Bitte, uns wie bisher schon immer zu unterstützen. Ohne die enorme Unterstützung und Solidarität, die wir in all diesen Jahren auch international erfahren haben, wäre der Kampf um Zanon nicht möglich gewesen. Von daher bitten wir um Ihre / Eure Unterschrift unter diesen Brief, der der argentinischen Regierung übergeben und breit veröffentlicht werden soll.

Die Arbeiterselbstverwaltung der ehemaligen Fabrik Cerámica Zanon besteht seit 13 Jahren. Als die Chefs diese Fabrik Ende 2001 mit einem betrügerischen Konkurs verließen, haben wir sie mit 250

Arbeiter*innen besetzt. Ohne unseren Kampf und die Unterstützung der Bevölkerung wäre von dieser Fabrik nur eine leere Halle voll Schrott übriggeblieben. Um gegen die Arbeitslosigkeit zu kämpfen, organisierten wir uns in Versammlungen und öffneten die größte Fabrik Neuquéns für die Bevölkerung. Während wir nach und nach die Produktionslinien in Gang brachten, organisierten wir gleichzeitig Konzerte, Ausstellungen und viele soziale Aktivitäten. Wir konnten vier Räumungsbefehle abwenden und waren mehrfach heftiger Repression ausgesetzt. Mit dem Hochfahren der Produktion schufen wir zig Arbeitsplätze. Nach Jahren von Auseinandersetzungen wurde 2009 die Enteignung der Fabrik im Parlament verabschiedet. 2013 wurde die Fabrik schließlich vollständig in Arbeiterhand übergeben.

Heute sind wir 450 Arbeiterfamilien, die in der Kooperative FaSinPat (Fábrica Sin Patronos – Fabrik ohne Chefs) organisiert sind und dort unseren Lebensunterhalt verdienen. Aber die Fabrik ist bedroht, und damit auch unsere Zukunft. Die Maschinerie ist inzwischen veraltet. Dies erschwert die Produktion und treibt den Energieverbrauch in astronomische Höhen. Alle anderen Keramikfabriken konnten in diesen Jahren ihre

Technologie mit Mitteln der Landes- und der Provinzregierungen erneuern – von der direkt neben uns befindlichen Fabrik Cerámica Neuquén bis zu Cerámica Alberdi in Salta (deren Bau vollständig von der Landesregierung finanziert wurde). Wir haben unseren Plan zur technologischen Erneuerung 2013 bei der Regierung eingereicht und wurden in das Kreditprogramm zum Bicentenario (Zweihundertjahrfeier der Unabhängigkeit Argentiniens) aufgenommen. Nach diesem Programm wurden mehr als 11 Milliarden argentinische Pesos an 500 Unternehmen ausgeschüttet, von denen viele zu Multis gehören (wie Toyota, Carraro oder Metalpar). Während die Situation in unserer Fabrik immer schwieriger wurde, verlangten sie von uns immer weitere Papiere (die wir alle abgegeben haben). Im Januar 2015 sagten uns Regierungsbeamte schließlich, dass sie uns den benötigten Kredit aus dem Programm Fondecar (der Fortsetzung des Bicentenario-Programms) nicht geben würden. Wir hakteten nach und wurden am 25. Februar in den Regierungspalast Casa Rosada eingeladen, wo uns Kabinettschef Jorge Capitanich im Beisein von Beamten des Wirtschaftsministeriums mitteilte (und zwar öffentlich), dass sie uns über Fondecar einen Kredit von 32 Millionen argentinischer Pesos für die technologische Erneuerung geben würden, aufgeteilt in zwei Raten, die

Ende März und Anfang April ausgezahlt würden. Dieser Termin ist bereits verstrichen, aber der Kredit ist nicht angekommen. Am 31. März versicherte Wirtschaftsminister Kicillof uns in Neuquén, dass die Kreditzusage der Regierung umgesetzt würde. Aber am 8. April bestellten sie uns zum Wirtschaftsministerium und teilten uns mit, dass sie den Fondecar-Kredit nicht auszahlen würden.

Wir Arbeiterinnen und Arbeiter von Zanon wollen nichts geschenkt haben. Wir fordern vom Staat nichts anderes als einen Kredit für den Kauf von Maschinerie und die technologische Erneuerung eines Teils der Fabrik. Dies ist unserer Meinung nach eine gerechtfertigte Forderung, um die Produktion weiterzuführen und die Arbeitsplätze erhalten zu können.

Wir würden uns freuen, wenn Sie / Ihr unsere Forderung unterstützen würdet.

Unterschriften bitte an folgende Mailadresse :

soli_zanon@gmx.de

Kontakt zu den compañer@s von Zanon:

prensaobrosdezanon@neunet.com.ar

Facebook: Zanon Fasimpat SoecnInformationen auf deutsch:

<http://www.labournet.de/>

SPENDEN- UND ABOZÄHLER

Aktion 2015

Liebe Leser*innen, weitere Veränderungen bahnen sich in Europa an. Bei den Kommunalwahlen in Spanien sind seit langer Zeit in den Wahlkreisen Madrid und Valencia keine Rechtskonservativen Regierungen mehr an der Macht. Podemos hat gute Aussichten die Wahl im Herbst für sich zu entscheiden. Ob dies positive Auswirkungen auf selbstverwaltete Betriebe und Projekte in Spanien haben wird, muss sich zeigen. Die linke Regierung in Griechenland ringt immer noch mit den neoliberalen PolitikerInnen Europas. Gibt es eine weitere Linke Regierung in Europa, könnten die griechischen Projekte etwas mehr Rückendeckung geben. Regierungen sind für Selbstverwaltete Betriebe immer auch ein Risiko, wie es sich gerade für die Keramikfabrik in Argentinien zeigt. Bei uns steht der Solidarische Ökonomiekongress vor der Tür, der eine weitere Möglichkeiten zum Kennenlernen anderer Projekte und zur Entwicklung neuer Ideen bietet. Die vier Kommunen im Raum Kassel basteln im Alltag an einer anderen Perspektive, wie wir sie in dieser Ausgabe in einem Schwerpunkt vorstellen. CONTRASTE ist nur ein Projekt von vielen und das ermutigt uns weiter zu machen, Ressourcen, Energie und Zeit in eine

Berichterstattung über all die Geschichten des Gelingens jeden Monat vorzubereiten und sie euch zur Verfügung zu stellen. Finanziell sind wir leider nicht so gut aufgestellt, so dass wir weiter auf eure Spenden angewiesen sind. Wir freuen uns, dass auch diesen Monat wieder gespendet wurde von:

T. K., Potsdam	10 EUR
Peter Streiff, Stuttgart	15 EUR
Christoph Lang, Berlin	13 EUR
anarchistische Buchtage	62,50 EUR
U. B., Schmitten	55 EUR

Diese Spenden bringen uns unserem Spendenziel näher. In diesem Jahr spendet ihr bereits 6.495,67 Euro, so dass wir bis Jahresende nur noch 2.004,33 Euro benötigen. Außerdem haben sich wieder Fünf für ein CONTRASTE – Abo entschieden. Leider gab es auch eine Kündigung und die Einstellung von drei Mitgliederschaften.

Aus der CONTRASTE – Redaktion
Ulrike Kumpke

SPENDENTICKER

Das Zeitungsprojekt CONTRASTE benötigt im Jahr 2015 noch
2004,33 Euro

SPENDEN FÜR CONTRASTE

Contraste e.V.
Kontonummer: 515 124 05
BLZ 508 900 00
Volksbank Darmstadt eG
IBAN DE0250890000051512405
BIC GENODEF1VBD

SCHNUPPERABO: 3 AUSGABEN 7,50 EURO

Online-Bestellung unter:
☞ www.contraste.org
oder einfach das Geld, in Form von Briefmarken oder einem Schein, mit Anschrift und Stichwort »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Schönfelder Straße 41A, 34121 Kassel. Lieferungen ins europäische Ausland kosten 10 Euro. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus.

CHANGE OF ADDRESS!



Neue Adresse oder Bankverbindung?

Leider erreichen uns immer wieder Reklamationen von Leuten, die CONTRASTE trotz Nachsendeauftrag nicht mehr erhalten. Der Postzeitungsvertrieb ist nicht Bestandteil des Nachsendeauftrags, wir erfahren auch nicht, dass die Zeitung nicht zustellbar ist. Die Zustellerin entsorgt diese Monat für Monat, bis sich unsere LeserIn mit einer neuen Anschrift meldet. Deshalb ist es wichtig, uns bei eurem Umzug sofort eure neue Anschrift mitzuteilen! TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren bitten wir bei der Änderung der Bankverbindung gleichfalls um eine Nachricht, damit die bei einer geplatzten Lastschrift anfallenden Bankgebühren vermieden werden können. Die beteiligten Banken belasten unser Konto mit Gebühren in Höhe von mindestens 5,50 Euro.

NEU: Änderungen bitte an: ☞ abos@contraste.org senden.

JETZT CONTRASTE FÖRDERN!

- Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- Mein Mitgliedsbeitrag beträgt Euro pro Jahr (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- Ich bin bereits CONTRASTE-AbonentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- Schickt mir erst mal eure Satzung.

Name, Vorname _____
Straße _____
Wohnort _____
Datum Abo-Nr: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an:

CONTRASTE e.V.
Schönfelder Straße 41A
34121 Kassel

BLICK VOM MAULWURFHÜGEL

66 99

Zeitgedanken ...

... nach einem weiteren vergeblichen Versuch in unseren Terminkalendern einige gemeinsame freie Tage zu finden ...

Uli: Eigentlich peinlich, dass gerade wir KritikerInnen des Leistungsdrucks unter ständigem Zeitmangel leiden.

Brigitte: Du hast recht, aber diesem Zeitdruck kann man sich anscheinend heute nicht entziehen, so kritisch man auch ist. Früher hab ich nie das Gefühl gehabt, ich hätte zu wenig Zeit, eher war mir langweilig. Ich hab vor kurzem irgendwo gelesen, dass es gut sei, wenn Kinder Langeweile haben. Nur heutige Eltern finden, sie müssten ihnen dann sofort etwas zu tun vorschlagen, weil sie glauben Langeweile sei das Schrecklichste, was einem Kind passieren kann. So werden schon Kinder zum Zeitdruck erzogen.

Uli: Als ich meinen Freund Pedro kurz nach seiner Flucht aus Chile fragte, was ihm in Deutschland vor allem auffalle bei den Linken, sagte er: dass sie einen minutiös geführten Terminkalender haben und dass man sie nicht ohne Anmeldung besuchen kann, nicht einmal nachts, oder dann, wenn man gute Freunde braucht.

Brigitte: Ja, auch Freundschaften leiden darunter. Warum haben wir immer zu wenig Zeit? Sind wir zu gierig? Kann man gierig sein nach Zeit? Kann man Zeit verlieren? Kann man damit verschwenderisch umgehen? Und was würde das konkret bedeuten? Ich frag mich manchmal, ob wir überhaupt noch leben könnten, ohne den minutiösen Terminkalender. Ob wir dann noch irgendwas fertig kriegen würden? Oder vielleicht ist gerade das das Problem, dass wir immer etwas »fertig kriegen« müssen?

Uli: Ein prägendes Zeit-Erlebnis hatte ich auch vor 25 Jahren in Zimbabwe. Wir brachten einer schwarzen Frau auf dem Land eine Ziege zurück. Mehrere Stunden saßen wir dort in ihrer Rundhütte auf dem Lehmbooden, tranken in der ganzen Zeit nicht mehr als einen Becher Tee und sprachen

kaum etwas. Als wir abends wieder heim fuhren, war ich so glücklich, als sei ich wochenlang in einem guten Sanatorium für Zeit-Geschädigte gewesen. Und mein Begleiter Wolfgang sagte, dass bei »Entwicklungshelfern« in Afrika der Satz kursiere: Wer länger als vier oder fünf Jahre in Afrika lebe, könne sich in Deutschland nicht mehr zurecht finden.

Brigitte: Zeit-Geschädigte ist gut, aber die Zeit ist es wohl nicht, die uns schädigt, sondern unser Verhältnis zu ihr. Scheint eine kollektive Krankheit zu sein. So zu leben wie Pedro oder die Frau in Zimbabwe halte ich aber auch für keine Lösung. Außerdem ist dort auch nicht alles schön, nur weil die Menschen keinen Zeitdruck kennen, sonst müssten sie nicht fliehen. Und ich will vielleicht nicht immer auf dem nackten Lehmbooden sitzen, auch wenn das manchmal ein schönes Erlebnis sein kann. Ich glaub, wir brauchen einen anderen Weg, einen der unserer Lebensweise entspricht und in die Zukunft weist, nicht in die Vergangenheit.

Uli: In Bremen gibt es einen Verein, der sich »otium« nennt - Initiative zur Rehabilitation von Muße & Müßiggang. Viele Mitglieder haben einige Zeit in Afrika gelebt und wollten ihr afrikanisches Zeit-Management auch in Deutschland fortsetzen. Offensichtlich muss man dafür erst einen Verein gründen.

Brigitte: In Österreich gibt es den »Verein zur Verzögerung der Zeit«. In den Statuten steht, die Mitglieder »verpflichten sich zum Innehalten, zur Aufforderung zum Nachdenken dort, wo blinder Aktivismus und partikuläres Interesse Scheinlösungen hervorbringen«. Aber ich hab nicht das Gefühl, das uns der Vorwurf des blinden Aktivismus trifft. Da gefällt mir die Rehabilitation des Müßiggangs besser. Damit fangen wir gleich an, wenn wir den Text für die CONTRASTE abgeschickt haben!

Links:

☞ <http://www.otium-bremen.de/>
☞ <http://www.zeitverein.com>

Begrüßungsgeschenk

Die nächste Neuabonent*in bzw. Neu-Fördermitglied erhält als Dankeschön das Buch »Wegweiser Solidarische Ökonomie - Anders Wirtschaften ist möglich« von Elisabeth Voß, Betriebswirtin, Publizistin und langjährige ehemalige Redakteurin der CONTRASTE. Erschienen bei der AG SPAK gewinnt der/die Leser*in eine konzentrierte Darstellung von theoretischen solioökonomischen Konzepten und eine Übersicht des weiten und vielfältigen Spektrum von Projekten Solidarischer Ökonomie, national wie international. »Eine Wirtschaft für die Menschen muss eine andere sein.« heißt es darin. Dazu wollen die Autorin und die Herausgeber, das »NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation« mit ihrer Publikation beitragen. Als besonderer Service findet sich auf www.voss.solioeko.de eine umfangreiche Link-Liste. Wir danken dem AG SPAK-Verlag für seine Unterstützung. Das Buch ist dort auch weiterhin erhältlich.

DER POLITISCHE KRIMI

Gesellschaftskritik im Literaturformat
Eine CONTRASTE-Serie von Roman Schweidlenka

Gefallene Blüten

● Shanghai 1926: Der europäische Kolonialismus verändert die Stadt, neue Fabriken werden gebaut, das organisierte Verbrechen ist mächtiger als die Politik beziehungsweise mit dieser in korrupter Synthese verbunden, der Opiumhandel wirft hohe Profite ab und zerstört die Menschen. Schlimm, wenn in dieser bewegten, unsicheren Zeit die junge schöne Pflaumenblüte aus ihrem Dorf verschwindet und in Shanghai untertaucht. Die Großmutter, stur, eigensinnig und jenseits der patriarchalen gesellschaftlichen Zwänge, macht sich auf den Weg, um die Enkelin zu finden. Diese ist zu einer der begehrtesten Kurtisanen avanciert und als ein Mord in ihrer Gegenwart passiert ergreift sie die Flucht und taucht unter. Mit der Gestalt der marginalisierten Großmutter zeichnet die Autorin den Archetypus der unterdrückten Frau, die sich dessen ungeachtet ihren eigenen Weg bahnt und die Emanzipation der Frau, die auch in China langsam zu keimen begann, vorwegnimmt. Ihr zur Seite der junge, idealistische Student Lou Mang, ein Aktivist der kommunistischen Partei, der gegen die Ausbeutung der Arbeiter und Arbeiterinnen kämpft und überzeugt ist, dass die klassenlose Gesellschaft alle Übel und Probleme beseitigen wird. In seinem Umfeld werden in den Roman historische Persönlichkeiten wie Mao Zedong oder Chen Duxiu, der Gründer der kommunistischen Partei Chinas, eingeführt, die nicht nur im glänzenden Licht erscheinen. Der Kampf um die schöne Pflaumenblüte vermengt sich so mit den brutalen Aktivitäten der Paten und den beginnenden kommunistischen Agitationen. Skorpil zeichnet gekonnt die gesellschaftliche und kulturelle

Atmosphäre des gebeutelten Shangai nach. Wenn auch der Roman stellenweise etwas ermüdet, ist er dennoch ein erfreulicher Meilenstein des mit politischer Zeitgeschichte garnierten Krimis. ●

Clementine Skorpil: Gefallene Blüten. Ariadne Kriminalroman. Argument Verlag



EIN UNGEWÖHNLICHER 8. MAI IN MECKLENBURG-VORPOMMERN

Nelken, Fackeln und Swingblockaden



Foto: Umbruch Bildarchiv

Angesagt war ein NPD-Aufmarsch in Demmin, einer Kleinstadt in Mecklenburg-Vorpommern zwischen Berlin und Rostock, nicht weit vom Hof Ulenkrug der Kooperative Longo mai. Deren Mitglieder engagierten sich im Aktionsbündnis 8. Mai bei den Gegenveranstaltungen, um dem Fackelzug der Nazis, 70 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkriegs, entgegenzutreten. Während die Neofaschisten die Niederlage des »3. Reichs« betraueren, feierte das Bündnis die Befreiung und das Ende des Weltkriegs mit einer Friedensdemonstration und Kulturveranstaltungen.

VON ARIANE DETTLOFF, REDAKTION KÖLN ● Den 150 Fackelträgern stellten und setzen sich in diesem Jahr mehr als tausend Menschen entgegen - deutlich mehr als in den vergangenen Jahren. Dabei waren auch viele Menschen aus anderen Städten und Ländern, unter anderem aus Rostock, Berlin, Frankreich und der Schweiz. Internationale Beobachter*innen begleiteten die Protestaktionen, darunter auch eine Konzert-Blockade der »Lebenslaute« und der Straßentanz von »Swing gegen Rechts«.

800 Polizeikräfte waren im Einsatz, um die NPDler an ihr Ziel zu bringen. Am Peenehafen sollte wie alljährlich ein Kranz für die Opfer des Massen-Selbstmordes von 500 Demminer Frauen und Kindern 1945 anlässlich des Einzugs der Roten Armee versenkt werden. Aufgrund der Blockaden gelang ihnen dies erstmals nur mit dreistündiger Verspätung, Nebenstraßen und Schleichwege nutzend.

Der Anlass für den Demminer Nazi-Fackelzug, der massenhafte Selbstmord 1945 aus Angst vor Vergeltung, aber auch nach erlittener Vergewaltigung, wird von den Rechten heute als Opferkult instrumentalisiert. Der Grund für das tragische Geschehen, das Abrennen der Altstadt eingeschlossen, lag allerdings nicht zuletzt in der Greuelpropaganda der fanatischen Hitleranhänger und daran, dass sie nicht aufhörten aus dem Hinterhalt zu schießen, nachdem schon die Emissäre der Roten Armee zur Übergabe Demmins ermordet wurden.

Am 8. Mai letzten Jahres hatte die Polizei einen herausgegriffenen Gegendemonstranten aus Frankreich so »bearbeitet«, dass er im Krankenhaus ins künstliche

Koma versetzt werden musste. Dazu wird demnächst ein Gerichtsprozess stattfinden. Die Brutalität der Polizei, die sich auch in rabiaten Räumen von blockierenden Menschen zeigte, schlug Wellen bis in den Landtag hinein.

Dieses Jahr nun setzte die Polizeiführung auf Deeskalation. Blockadegruppen wurden meist gar nicht geräumt, allerdings zeitweise eingekesselt, damit sie die Ersatzroute nicht stören konnten. Ob dies rechtens war, wird zu klären sein.

Zuvor fand die Friedensdemonstration des Aktionsbündnisses statt. Es gab Redebeiträge örtlicher Politiker*innen und des aus Kamerun geflüchteten Geraud Potago, der von seiner fünfjährigen Flucht berichtete. Kapital und Rohstoffe genossen Bewegungsfreiheit, die Menschen aus dem Süden dagegen nicht. Es bräuchte den Zusammenschluss der Widerstandsbewegungen in Afrika und Europa.

Highlights des kulturellen Programms waren der Auftritt der 92jährigen Esther Bejerano - Überlebende des KZ Auschwitz - mit den Rappern der »Microphone Mafia« aus Köln und das Offene Singen von »ZivilChorage« auf dem Marktplatz. Ein Wermutstropfen in der dreitägigen

Veranstaltung war die geringe Beteiligung der alteingesessenen Einheimischen an der »1. Demminer Konferenz gegen Krieg und Faschismus«. Insgesamt folgten aber 60 Interessierte den spannenden Vorträgen zu Frontex, zur Verquickung von Neofaschismus und Staat, zur Rückkehr einer Ost-West-Konfrontation und zur Psychologie von Kriegsmobilisierung. Professor Klaus Jürgen Bruder warnte insbesondere vor einer verbreiteten »Erkenntnisfurcht« hier und heute. So nennt er die Abwehr unangenehmer Fakten von Militarisierung und Kriegsvorbereitung. Im Abendprogramm begeisterten Stefan Körbel und Michael Letz mit Liedern und Texten aus der Revolution 1848.

Bilanz: Eine erfolgreiche Intervention für Frieden und gelebte Toleranz, gegen Naziumtriebe. Die Mitorganisator*innen von Longo mai haben viel dafür investiert. Ein Teil der erwarteten Fördergelder ist aber ausgeblieben. Darum die herzliche Bitte an CONTRASTE-Leser*innen um Spenden: Konto. ●

Konto unter
 ☞ www.contraste.org

KONFERENZ »EXZELLENZ FÜR ALLE!?!«

Reicht Beiträge ein, beteiligt Euch, gestaltet mit!

Derzeit läuft der Aufruf zum Einreichen von Beiträgen für die Konferenz »Exzellenz für Alle!?! - Bürgerwissenschaft, Hochschulen und Wissenschaftsläden - ein Blick nach vorne!«, die am 06. und 07. November 2015 an der Jade Hochschule in Oldenburg stattfinden wird. Inhaltlicher Schwerpunkt der Veranstaltung ist die Frage danach, wie wir mit den ökologischen und sozialen Herausforderungen unserer Zeit, wie des klimatischen und demografischen Wandels, umgehen. Denn um wirklich demokratische Lösungsstrategien zu entwickeln, müssen Bürgerinnen stärker an Entscheidungsprozessen in Wissenschaft und Politik beteiligt werden.

VON SANDRA WERB VOM SCIENCE SHOP VECHTA/CLOPPENBURG ● Wir leben in einer Gesellschaft, in der fortlaufend neues Wissen generiert wird, wenngleich oft wenig

davon aus den jeweiligen akademischen Kreisen heraus zurück in die Gesellschaft dringt. Um eine Veränderung dieses Zustandes herbeizuführen, drängen sich folgende Fragen auf: Wie viel gesellschaftliche Beteiligung an der Entwicklung und Umsetzung von Forschungsprojekten lassen Hochschulen zu? Was heißt es verantwortungsbewusst zu forschen? Wie kann die Politik von der Notwendigkeit überzeugt werden, Förderprogramme zu starten, in denen Projekte mit Fragestellungen aus der Gesellschaft heraus entwickelt und deren Ergebnisse in die Praxis rückgeführt werden? Wie und wo wird Wissen außerhalb akademischer und ökonomischer Strukturen generiert? Vermehrt entstehen Anlaufstellen für zivilgesellschaftliches Engagement in der Wissenschaft (AZEW), beispielsweise Wissenschaftsläden oder FabLabs. In Kombination mit Methoden wie Service Learning oder Community-Based Research tragen diese Einrichtungen konkret zum Dialog zwischen Hochschulen und Zivilgesellschaft bei. Darüber hinaus sorgt eine überre-

gionale Vernetzung dieser Wissenseinrichtungen dafür, dass sich AkteurInnen über Chancen und Herausforderungen der gesellschaftlichen Teilhabe austauschen. Die Konferenz bietet eine Plattform zum Dialog und zur Vernetzung mit dem Ziel aus Projekten zu berichten, neue Projektideen zu entwerfen und über die Konferenz hinaus Kooperationen zu festigen. Wir wollen voneinander lernen und miteinander wachsen. Daher setzen wir bei der Zusammenstellung des Programms auf dynamische Diskussionsformate wie Pro Action oder World Cafés, Pecha Kucha Vorträge, Kurzfilme und Praxisworkshops. Ob Hochschulen, zivilgesellschaftliche Initiativen, Verbänden, Organisationen oder Einzelpersonen, eingeladen sind alle, die an folgenden Themen interessiert sind:

- Bürgerbeteiligung in Forschung und Innovation: Methodische Fragestellungen
- Öffentliche Teilhabe in der Forschungspolitik: Gleiche Chancen und Transparenz

- Selber machen und gemeinschaftlich gestalten
 - Was ist soziale und ökologische Exzellenz für Alle?
- Das Konferenzorganisationsteam setzt sich aus VertreterInnen des Science Shops Vechta/Cloppenburg, des Wissenschaftsläden (WiLa) kubus der TU Berlin, des basis.wissen.schaft e.V. Berlin, des WiLa Potsdam e.V., des WiLa Bonn e.V., des WiLa Wien, des Wissensdialog, Technologie und Training e.V. in Zittau und Dresden, sowie den Transferstellen der Jade Hochschule und der Hochschule Emden/Leer zusammen. Gefördert wird das Projekt durch das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur und die Metropolregion Nordwest. ●

Beiträge können bis zum 05. Juli 2015 eingereicht werden. Alle Informationen zu den Teilnahmebedingungen unseres Aufrufs und zur Konferenz gibt es unter www.wissnet.de/Konferenz
 Kontakt: sandra.werb@uni-vechta.de

WELTFRAUENMARSCH

JIN Jiyan Azade kadin yasam özgürlük Frau Leben Freiheit

Bericht vom Start der feministischen Karawane durch Europa im Rahmen der 4.internationalen Aktion des Weltfrauenmarschs. Wir Aktivistinnen des Weltfrauenmarschs waren insgesamt etwa 50 Frauen/Lesben aus Griechenland, Portugal, Frankreich, Serbien, Katalonien, Baskenland, BRD und der Türkei. Wir besuchten die Osttürkei rund um den internationalen Frauenkampftag. ● Am 6.März um zwei Uhr nachts kamen wir zu neun,drei Frauen aus der BRD und 6 Frauen aus dem Baskenland in Diyarbakir/Amed in der Osttürkei an (Diyarbakir ist der türkische, Amed der kurdische Name). Zwei kurdische Frauen empfingen uns mit einem Minibus und brachten uns zu Privatwohnungen in denen wir uns ein wenig ausruhen konnten. Bereits um sechs Uhr morgens ging es weiter nach Nusaybin/Nisebin an der syrischen Grenze.

Dort fand schon ab neun Uhr morgens bei strahlend blauen Himmel und wärmerer Sonne ein Fest zum 8.März statt. Rund um das Kulturzentrum der Stadt wurden wir mit Musik und (Kreis)-Tanz, von Hunderte von Mädchen und Frauen jeden Alters,empfangen. Auffallend waren die stolze Haltung und Entschlossenheit beim Rufen von Parolen der kurdischen Frauen.

Die türkische Koordination des Weltfrauenmarsches, die ein Netzwerk von unterschiedlichen Frauenorganisationen repräsentiert, in Kurdistan die Kurdische Frauenorganisation KJA, hatte die Karawane für ihren Auftakt nach Nusaybin eingeladen. An der Grenze zu Syrien wollten wir gegen den Terror des IS demonstrieren und internationale Solidarität mit den Kämpfen der kurdischen Frauen auf beiden Seiten der Grenze auszudrücken.

Wir wurden immer wieder persönlich herzlich begrüßt und willkommen geheißen, auch von einigen kurdischen Frauen, die in Deutschland leben oder lebten. Nisebin, die Bürgermeisterin, von der kurdischen Partei HADEP begrüßte uns ebenfalls. Sie teilt sich das Amt mit einem männlichen Kollegen, wie es ihr Parteiprogramm vorsieht.

Drinne fanden Veranstaltungen zu unterschiedlichen Themen statt: zu Ökologie, Demokratisierungsprozessen in Rojava, Jineologie, Frauen und Arbeit und Gewalt an Frauen. Es wurde jeweils simultan übersetzt zwischen Kurdisch, Türkisch, Englisch, Spanisch und Französisch. Vielen Frauen war der Gebrauch von Kopfhörern wohl zu fremd (oder hatten sie keinen Personalausweis dabei als Pfand?), und so verstanden sie das Gesagte nicht immer.

Wir waren sehr kurzfristig angefragt worden, auf einem der Podien etwas zu den ökologischen Bewegungen in der BRD zu sagen. Die Veranstaltung wurde mit einem Film über »die Revolution in Rojava« und »die kurdische Frauenbewegung« begonnen. Auch der Führer der PKK Abdullah Öcalan kam in dem Film zur Frauenbefreiung zu Wort. Daraufhin sprangen viele der kurdischen Frauen auf, applaudierten und riefen Parolen. Uns befremdete das sehr, wie auch die Portraits von



▲ Ahmetler Köyü, 12.3.2015

Foto: privat

Öcalan, die neben den Bildern von kämpfenden Frauen bei allen Aktivitäten dabei waren. Der Film äußerte sich leider nicht zu ökologischen Fragen. Wir sprachen über ökologische Kämpfe in der Bundesrepublik, die Anti-AKW-Bewegung, »Wir haben es satt«, den Anti Konsum und über die Bewegung für andere Handelsbeziehungen. Wir wiesen außerdem auf die Möglichkeiten der Kooperation zwischen Bewegungen der Türkei und Bundesrepublik hin, wie beim Staudammprojekt Hasankyf oder beim Kampf gegen Atomkraft.

Zu unserem Bedauern konnte kein Austausch über ökologische Themen stattfinden, da keine Zeit dafür eingeplant war. Dennoch wurden wir immer wieder, oft von jungen Frauen, zu unserem Beitrag gefragt

In der Veranstaltung zu Jineologie wurde gesagt,dass sie sich schon auf den Feminismus beziehe, diesen jedoch erweitere. Der Feminismus sei » zu eng, zu akademisch, zu westlich, zu wenig praktisch«. Es ginge um Wirksamkeit, Effektivität einerseits, um die Einbeziehung einer Frauenperspektive in alle wichtigen Bereiche andererseits. Jineologie sei keine Ideologie, die Antworten habe, sondern eine Methodologie, die Fragen stelle. So richtig deutlich wurde nicht, was Jineologie ist. Viele Frauen verließen den Saal – zu akademisch sei die Vorträge.

Befremdlich war für uns die Anwesenheit junger Frauen in Tam-/Kampfkleidung - sie wirkten so fröhlich und unbeschwert, fast so, als handele es sich beim bewaffneten Kampf um ein Spiel. Und überall Fotos von im Kampf gestorbenen Kämpferinnen, den angeblich »unsterblich gewordenen Märtyrerinnen«...Die Frau, bei der wir in Nusaybin übermachten, war am Morgen sehr traurig, da sie die Nachricht erhalten hatte, dass eine Schulfreundin, die seit zehn Jahren in den Bergen kämpfte, jetzt im Alter von 25 Jahren erschossen worden war. Sie erzählte uns, dass die Menschen, die zum Kämpfen in die Berge nicht zurück kommen können. Alleine aus ihrer Großfamilie sind zwölf Menschen im Kampf getötet worden. Von dem Balkon ihrer Wohnung kann man den Friedhof für die »MärtyrerInnen« und die Grenze sehen. Manchmal hören wir Schüsse in der Nacht, von der anderen Seite der Grenze.

Auf der Demo entlang der, durch türkisches Militär aufgerüsteten, Grenze lernten wir Frauen aus Syrien

kennen, die autonom eine Schule für Flüchtlingskinder in Nusaybin aufgebaut haben. Von Nusaybin aus führen einige Frauen/Lesben in ein Flüchtlingslager in der Nähe von Kobanê. Es war ein städtisches Lager, kein staatliches. Die Menschen, die wir trafen, sagten, sie möchten wieder zurück gehen und die Stadt Kobanê und die umliegenden Dörfer wieder aufbauen, aber die türkische Regierung hat die Grenzen dicht gemacht.

Die anderen nahmen an Frauendemonstrationen am 7.3.in Mardin und am 8.3. in Diyarbakir teil. Dort nahmen auch einheimische Lesben mit Regenbogenfahnen teil.

Leider verstanden wir in Diyarbakir von den Kundgebungsbeiträgen kaum etwas, da sie auf kurdisch gehalten wurden. Lediglich der Kontext war klar. Es ging um die Frauenrevolution in Rojava. Ein auf Türkisch gehaltener Beitrag befand, dass wir Frauen erst frei sind, wenn Abdullah Öcalan frei ist.

Für manche der »türkischen« Teilnehmerinnen an der Karawane war es der erste Besuch der Osttürkei. Eine Frau aus Istanbul sagte, für sie sei »die Situation dort nun real« geworden. Sie war beeindruckt von »der Lebendigkeit, dem Lebenshunger und der Verbundenheit der Menschen durch ihren Kampf«.

Die Karawane zog weiter über Antakya/Hatay und Mersin nach Antalya, dann weiter nach Mugla und Izmir. Überall demonstrierten wir mit den Frauen vor Ort gegen die Politik der AKP Regierung, Gewalt an Frauen, gegen die Zerstörung und Ausbeutung der Natur, hörten einen Vortrag über die Zerstörung der Städte und die Vereinnahmung von Städten, Natur und Stränden durch Reiche und die Verdrängung der Armen.

In Mersin trafen wir die Eltern von Özgecan Aslan, deren Ermordung durch einen Minibusfahrer Protestwellen in der ganzen Türkei ausgelöst hatten. Wir besuchten ihr Grab und das von Leyla Sönmez, einer der drei kurdischen Politikerinnen, die 2013 in Paris erschossen wurden.

Bei Antalya besuchten wir ein Bergdorf, Ametler Köyü, das sich erfolgreich gegen einen Staudamm in ihrem schönen Tal gewehrt hat, allen voran die Frauen. In Antalya demonstrierten wir mit entlassenen weiblichen Stadtangestellten die AKP-Regierung will, dass Frauen zu Hause Kinder hüten und einen Ehemann versorgen. Sie sollen kein eigenes Geld verdienen. Wir

trafen außerdem Ökologieaktivistinnen, lesbische Veganerinnen und ehrten die 2003 gestorbene Saynur Gelendost in Mugla. Sie gilt als Mutter der Ökologiebewegung in der Türkei. Saynur Gelendost setzte sich lange und konsequent Einsatz gegen die Zerstörung von Mensch und Natur durch industrielle Großprojekte ein.Eine weitere Station, war der Besuch der alewitischen Gemeinde in Didim. Gemeinsam mit hunderten Gemeindegliedern waren wir dort zum Frühstück eingeladen und konnten so ihr Cem Evi, ihr Gemeindezentrum kennenlernen. Im Anschluss demonstrieren wir für die Frauenrechte und pflanzten gemeinsam Bäume im neu angelegten Friedenspark. ●

Es war eine große organisatorische Leistung, eine ständig wechselnde Zahl von Frauen zu verpflegen, zu transportieren, nachts unterzubringen. Vielen Dank dafür an die Organisatorinnen! Und für all die »unsichtbare« Arbeit!

Unterwegs mit der Karawane waren und diesen Artikel geschrieben haben für euch: eine aus der WFM-Koordinierungsgruppe im Hunsrück, eine aus Köln; beide sind wir seit Jahrzehnten Frauen- und Lesbenpolitisch engagiert.

Info

Weltfrauenmarsch

Die Karawane ist zur Zeit in Rumänien. Danach geht es nach Serbien. Am 18.4. soll dort die 1. Lesbendemo stattfinden.

Vom 29.4.- 9.5. ist die Karawane in Österreich unterwegs...

Ende Juni soll es eine Aktion in Calais zur Unterstützung der dort gestrandeten Flüchtlinge geben.dafür braucht es noch dringend Unterstützung.

Ab dem 12.7. erwarten wir die Karawane in Köln und im Hunsrück.

Die aktuelle Landkarte und weitere Infos findet ihr: www.marchemondial.org

Kontakt:

info@marchemondiale.de



Foto: privat

▲ Auf dem Weg zu Özgecan's Eltern, Mersin, 11. 3. 2015

DER KAMPF UM EIN SOZIALES ZENTRUM – DIE FREIRAUMTAGE DORTMUND

Kein soziales Zentrum in kriminogener Zone

Aus einer ersten Besetzung im August 2014 entstand »Avanti«, die Bewegung für ein soziales Zentrum im Dortmunder Norden. Mit einer turbulenten Aktionswoche machte sie nun wieder von sich reden – und äußerte dabei ganz konkrete Kritik an den herrschenden Verhältnissen. Marius Godelet war als Aktivist vor Ort und schildert seine Eindrücke:

VON MARIUS GODOLET ● Im Winter war es still geworden um die Avanti-Bewegung in Dortmund. Doch der Wunsch nach unkommerziellen und selbstverwalteten Räumen für die Menschen in der Nordstadt sollte wieder auf die Tagesordnung rücken – schließlich war er noch lange nicht erfüllt. Im April luden die Aktivist*innen daher gleich zu einer ganzen Aktionswoche ein: Vorträge, Workshops, Kunst und Kultur standen auf dem Programm. Und auch direkte Aktionen ließen nicht lange auf sich warten.

Bereits vorab gab es eine starke Vernetzung mit Freiraum-Gruppen und autonomen Zentren in ganz NRW, um die Kampagne bekannt zu machen. Und auch in der Stadt selbst war es kaum möglich, den vielen knallroten Aufklebern und Plakaten mit dem Logo der Freiraumtage zu entkommen. So kamen an den sieben Tagen rund 200 Menschen in die Dortmunder Nordstadt, um die Freiraumtage mitzuerleben.

Zur inhaltlichen Vorbereitung gab es gleich zu Beginn Workshops und Vorträge. So fragt die Rote Hilfe »Was tun wenn's brennt?« und gab rechtliche Ratschläge für Hausbesetzer*innen, die in Konflikt mit Polizei und Staatsanwaltschaft geraten. Auch die beiden Workshops »Sanitär*innen« und »Einführung in den sicheren Umgang mit Computern und Handys« sollten den Aktivist*innen das nötige Handwerkzeug vermitteln und Sicherheit schaffen.

Konzerte, Parties und Küche für Alle gaben gleichzeitig viel Raum für Kunst und Kultur – ein Thema, das seit dem Beginn der Avanti-Bewegung eine wichtige Rolle spielt. Die Veranstaltungen führten die Aktivist*innen in bereits existierende kulturelle Freiräume der Stadt, vor allem in die selbstverwaltete und selbstorganisierte Kneipe »Nordpol« und das soziokulturelle Zentrum »Langer August«.

Info

Hintergrund: Die Dortmunder Nordstadt

Die Dortmunder Nordstadt wurde im Zuge der so genannten industriellen Revolution bewusst außerhalb des Walls gebaut, welcher die Stadt damals umschloss, in direkter Nähe zu den neu entstandenen Fabrik-Komplexen. Sie sollten im Laufe der Jahrzehnte vielen Gastarbeiter*innen als Schlafstätten dienen, erst bauerlichen Westfalen und Hessen, dann polnischen und später italienischen und türkischen Gastarbeiter*innen. In jedem Zimmer gab es mehrere Matratzen, und jede Matratze wurde dreimal vermietet, angepasst an das Drei-Schichten-System der Fabriken.

Wie der Dortmunder Geschichtswissenschaftler Bastian Pütter in seinen Vorträgen darlegt, schlug den dort lebenden Menschen schon immer ein sozial-rassistisches und klassistisch motivierter Hass aus der bürgerlichen Innenstadt entgegen, vor allem von Seiten der Presse und der Politik. Auch heutzutage taucht die Nordstadt in der überregionalen Presse nur auf, wenn das Boulevard reißerische Artikel über Drogenhandel und Zwangsprostitution benötigt.

Doch werden die Menschen mit den tatsächlich existierenden sozialen Problemen allein gelassen. Die Armut, die Aussichtslosigkeit und Perspektivlosigkeit der Bewohner*innen werden als ordnungspolitisches Problem wahrgenommen, die Antwort ist rassistische Schikane und Polizeigewalt. Gleichzeitig gibt es viel strategischen oder spekulativen Leerstand, sowie verwahrloste Gelände mit unklaren Eigentümer*innen. Die Menschen in der Nordstadt sind der Willkür der Immobilienfirmen und der Eigentumsinteressen ausgeliefert.



Foto: Regine Beyß

▲ Der etwas andere Stadtplan: Die Aktionskarte der Dortmunder Freiraumtage gab einen Überblick über die vielen Orte der Nordstadt, wo soziale, künstlerische und politische Veranstaltungen stattfanden.

Nicht ganz unerwartet kam es im Zuge der Freiraumtage zu mehreren Besetzungen durch Unterstützer*innen der Avanti-Bewegung. Bereits einige Tage zuvor fand nach einem Soli-Dinner eine Besetzung eines seit vielen Jahren leerstehenden Gartencenters statt. Die Verhandlungen mit dem Eigentümer endeten allerdings in einer nächtlichen Räumung des Gebäudes. Die Aktivist*innen entzogen sich rechtzeitig dem Zugriff der Polizei, die mit Hilfe der Feuerwehr das leere Haus durchsuchte. Eine ähnliche Erfahrung machten die Beamten, als sie ein Transparent an einem seit vielen Jahren leerstehenden maroden Hochhaus entdeckten. Sie durchsuchten alle 17 Etagen ohne etwas anderes zu finden als Staub und Müll.

Im Anschluss an eine Kunstausstellung in einem leerstehenden Haus gelang es der Polizei, eine Gruppe von Menschen einzukesseln, die am Dortmund-Ems-Kanal grillten, und ihre Personalien aufzunehmen. Diese kompromisslose Linie zog sich durch die gesamte Aktionswoche. Mit einem immensen Aufgebot patrouillierte die Polizei 24 Stunden am Tag durch die Nordstadt, schleuschte Zivilpolizist*innen in viele Veranstaltungen und versuchte teils erfolgreich, Veranstaltungen in leerstehenden Häusern zu unterbinden, indem sie die sozialen Medien nach Hinweisen auf Veranstaltungsorte durchforstete.

Wie die Aktivist*innen herausfanden, ist die gesamte Nordstadt als eine »kriminogene Zone« eingestuft, in der sich die Polizei das Recht auf anlasslose Durchsuchungen und Personalienkontrolle einräumt, von denen sie in der Aktionswoche massiven Gebrauch

klatschen und »Daumen hoch« ihre Begeisterung und Solidarität auszudrücken.

Die Freiraumtage mündeten nicht in der Erkämpfung eines sozialen Zentrums. Nichts desto trotz zogen die Avanti-Aktivist*innen ein positives Fazit aus ihrer Kampagne: Die rege Teilnahme zeigte, wie wichtig und aktuell der Kampf für alternative Freiräume und soziale Zentren ist. Alle teilnehmenden Aktivist*innen können dank viel Vernetzung und Austausch gestärkt in die kommenden Aktionen gehen. Die Gefahr der Repression schien jedoch viele Menschen abzuschrecken, in die leerstehenden Häuser zu gehen. Zudem kamen überwiegend Menschen aus der linksliberalen Szene zusammen, obwohl die vielen kreativen und kulturellen Programmpunkte auch andere Interessierte ansprechen sollten. Der Raum für Anregungen und Wünsche wurde am Ende der Aktionswoche ausgiebig genutzt.

Der Kampf um Freiräume in der Nordstadt sollte nicht nur für, sondern auch mit den dort lebenden Menschen geschehen. So könnten zukünftige Aktionswochen den Fokus auf soziale und Stadteitarbeit legen und sich stärker mit migrantisch geprägten Gruppen und Initiativen vernetzen. Auch wenn Besetzungen von Leerstand bisher nicht zu einem sozialen Zentrum geführt haben, sollen diese weiterhin als legitimes Mittel dienen, auf die Missstände hinzuweisen und Druck auszuüben, so dass die Bewegung ohne ein soziales Zentrum unbequemer ist als mit einem sozialen Zentrum. ●

Info

Wie entstand die Avanti – Bewegung?

»Dieses Haus ist besetzt!« verkündet eine Gruppe von Aktivist*innen in der Dortmunder Nordstadt am 22. August 2014. Das besetzte Gebäude ist eine entweihte Kirche, die seit sieben Jahren leer steht. Sofort zieht die Besetzung die Aufmerksamkeit sowohl der Polizei als auch der stadtbekannteren militanten Neonazi-Szene auf sich. Deren Angriffe können die Besetzer*innen jedoch abwehren und auch eine Räumung ist vorerst unwahrscheinlich: Der zuständige Pfarrer duldet die Besetzung. So kann das soziale Zentrum Avanti am nächsten Tag zum ersten Mal seine Türen öffnen.

Aktivist*innen, Künstler*innen und Neugierige aus dem ganzen Ruhrgebiet strömen in kürzester Zeit in das neue soziale Zentrum und schaffen sich in reiner Selbstorganisation einen hierarchiefreien sozialen und kulturellen Freiraum. Sieben Arbeitsgruppen organisieren sich über Aushangwände und improvisierte Briefkästen. Die Toiletten werden benutzbar gemacht, Dornengestrüpp entfernt, die Dachrinne wird repariert, ein Umsonstladen wird eingerichtet und ein Kulturprogramm auf die Beine gestellt. Das morgendliche Plenum trägt die Ergebnisse zusammen, während bei der allabendlichen Vollversammlung die Kulturschaffende, die Nachbarschaft und die Aktivist*innen einen Raum haben für Wünsche und Anregungen, aber auch für Sorgen und Probleme.

Trotz der Duldung räumt nach nur sieben Tagen eine Hundertschaft unter einem Vorwand die besetzte Kirche und geht dabei mit willkürlicher Repression vor. Doch die kollektive Erfahrung in Selbstorganisation und das große Interesse der Bevölkerung an dem Projekt bewegt eine große Gruppe von Menschen dazu, den Kampf um das soziale Zentrum Avanti in der Dortmunder Nordstadt fortzuführen.

In ihrer ersten Erklärung artikulieren die Besetzer*innen ihre Fundamentallopposition gegenüber der Eigentumslogik des kapitalistischen Systems und der neoliberalen Ideologie der Verwertung aller Lebensbereiche. Konkret bezieht sich die Kritik auf den Umgang mit der Nordstadt und den dort lebenden Menschen. Doch die Bewegung für ein soziales Zentrum beißt sich in genau jenem Viertel bisher an den Verantwortlichen der Stadt die Zähne aus. Auch die Besetzung einer weiteren Kirche wenige Monate später wird schnell geräumt und die Verhandlungen verlaufen im Sande.

machte. Dieses Vorgehen widerspricht zwar dem Grundgesetz, ist aber spätestens durch die »Gefahrengebiete« in Hamburg bekannt, wie auch dank »kriminalitätsbelasteter Orte« in Berlin und die »Angsträume« im Wuppertaler Norden. So machte vorausseilende Repression auch die Leerstands-Schnitzeljagd am Freitagabend für manche Aktivist*innen zu einer schlechten Erfahrung. Als kurz darauf die Besetzung eines leerstehenden Supermarkts öffentlich wurde, war dieser schnell abgeräumt. Die Menschen, die außerhalb des Geländes den Besetzer*innen spontan ihre Solidarität zeigen wollten, bekamen statt einer »Genehmigung« das volle Programm aus Polizeikessel, Personalienkontrolle und der Androhung von Anzeigen wegen »Landfriedensbruch« bis »Sachbeschädigung«.

Der Stimmung tat dies keinen Abbruch, immer mehr Menschen fanden ihren Weg zum besetzten Supermarkt und bekundeten laut und kämpferisch ihre Solidarität. Als die Besetzung schließlich gegen Mitternacht geräumt wurde und die beteiligten Menschen zwecks erkennungsdienstlicher Behandlung in die Gefangensammelstelle gebracht wurden, zogen spontan über 60 Demonstrant*innen quer durch Dortmund zum Polizeipräsidium.

Eine bunte und laute Freiraumparade mit 150 bis 200 Menschen griff diese Repression gegen Menschen thematisch auf und zog am nächsten Tag vorbei an Freiräumen - und solchen die es hätten werden können - durch die Nordstadt. Viele Bewohner*innen öffneten ihre Fenster oder gingen auf den Bürgersteig, um mit

WAS MACHEN EIGENTLICH ...? DIE FANS OHNE VEREIN

Neue Heimat – selbstverwalteter Fanraum in der Innenstadt

Zum Jahresbeginn 2004 erregte die Göttinger Gruppe »Fans ohne Verein« bundesweite Aufmerksamkeit. Ihr Herzensclub, der 1. SC Göttingen 05 hatte sich noch drei Jahre zuvor, im Juni 2001, sportlich für die dritte Liga qualifiziert. Doch aus wirtschaftlichen Gründen wurde dem 1. SC Göttingen 05 vom DFB die Lizenz verweigert. Der überschuldete Verein musste Insolvenz anmelden, ein Vergleich mit den Gläubigern scheiterte. Im September wurde der Traditionsclub aufgelöst und aus dem Vereinsregister gestrichen.

VON KAI BÖHNE, REDAKTION GÖTTINGEN ● Die Fußballfans hatten ihren Verein, aber nicht ihren Humor und ihre Kreativität verloren. Gegen Fahrtkosten, Bratwurst und Bier boten sie sich anderen Klubs als Unterstützer an. Das Angebot von »Sprechchören im Stadion, kultivierten Auswärtsfahrten und kreativen Choreographien« löste eine starke Nachfrage aus. Sogar Handball-, Volleyball-, Basketball- und Eishockeyklubs und das finanziell angeschlagene Junge Theater aus Göttingen erbat Hilfe und Beistand. Die Göttinger Fußballfans erhielten mehr Anfragen, als sie erfüllen konnten. Während sie den MTV Wolfenbüttel bei einem Auswärtsspiel unterstützten, wurden die »Fans ohne Verein« gleich von zwei Fernsehteams begleitet. Über ihre phantasievollen Aktionen wurde im Fernsehen, Radio und in der überregionalen Presse berichtet. Sogar die britische BBC führte ein Telefoninterview.

Heute ist eine Unterstützung fremder Vereine nicht mehr nötig. Die »Supporters Crew 05«, der Dachverband der Fans hat wieder eine sportliche Heimat gefunden: Der für die Jugendmannschaften gegründete Auffangverein fusionierte im März 2005 mit dem RSV Geismar zum RSV Göttingen 05. Später wurde die Fußballabteilung unter dem Namen »1. SC Göttingen 05« aus dem RSV ausgegliedert.

Theke in Eigenarbeit

Auch räumlich hat die Fußball-Crew einen Hafen für ihre vielfältigen Aktivitäten gefunden. »Unsere mehmonatige Suche nach finanzierbaren Vereinsräumen war erfolgreich«, freut sich Daniel, ein Vorstandsmitglied der Supporters Crew. Mit der VTG, der Vermögensverwaltungs- und Treuhandgesellschaft des DGB, aus Berlin konnte im März 2012 ein Mietvertrag über einen großen Gruppenraum im leer stehenden DGB-Gebäude abgeschlossen werden. Mieter ist der Fan-Dachverband, die Supporters Crew. Das bedeutet Verantwortung, gewährt den Fans bei Veranstaltungen aber eine gewisse Autonomie gegenüber dem Sportverein.

Von einer geschlossenen Kneipe konnte preiswert Mobiliar erstanden werden. In Eigenarbeit mauerten die Fans sich eine Theke in den hinteren Teil des Raumes. Auch die Spüle sowie den Wasser Zu- und Ablauf verlegten sie selbst. »Wir haben viele geschickte Helfer unter unseren Mitgliedern«, erzählt Buddha. »Parallel zu den Renovierungsarbeiten nutzen wir den Raum auch schon für Gruppentreffen.«

Die anstehenden Arbeiten werden auf unterschiedliche Gruppen verteilt. Eine Gruppe kauft Getränke, Chips und Salzstangen und besorgt den Rücktransport des Leerguts.

Eine andere Gruppe macht sich Gedanken zu Kulturveranstaltungen und Spiele-Angeboten, eine weitere Gruppe organisiert die Fahrten zu Auswärtsspielen und kalkuliert die Umlagen. Um die Sauberkeit kümmern sich reihum alle gemeinsam. »Eine gewisse Reinlichkeit ist uns wichtig«, erklärt Philipp vom Vorstand der Supporters Crew. »Der Gruppenraum ist unser Wohnzimmer, dort wollen wir uns wohlfühlen. Dazu gehört das Reinigen der Toiletten, das regelmäßige Abwischen der Tische, das Saugen des Teppichbodens, das Spülen der Gläser und die Entsorgung des Mülls. Jeder Nutzer sollte sich für unsere Räume verantwortlich fühlen. In der Regel klappt das auch.«

Vorstand haftet

Die Miete und die Nebenkosten werden durch monatliche Mitgliedsbeiträge der Supporters Crew aufgebracht. »Wenn es hart auf hart kommt, haften wir als Vereinsvorstand«, erklärt Philipp. Lesungen und Veranstaltungen werden meist ohne Eintritt angeboten. Per Spendendose wird um Unterstützung gebeten. »Der Thekendienst ist ehrenamtlich, ebenso die Aufgaben der Arbeitsgruppen«, sagt Buddha. »Aber da alle ein Interesse am Fortbestand des Fanraumes haben, bringt sich jeder nach Kräften ein.«

Die Räumlichkeiten und Aktivitäten der Supporters Crew stehen grundsätzlich allen Interessierten offen. Auch studentische Gruppen treffen sich gelegentlich im Fanraum. Eine größere Öffentlichkeit lernte den Fanraum erstmals im Frühjahr 2014 durch die Wanderausstellung »Tatort Stadion« kennen.

Lesungen im Fanraum

Seither finden hier regelmäßige Dart-Turniere, Diskussionsrunden, Lesungen und Treffen vor Heimspielen oder Auswärtsfahrten statt. »Mit dem Werkstatt Verlag verbindet uns eine interessante und sehr angenehme Zusammenarbeit. Der Verlag hat uns mehrfach Autorenkontakte vermittelt«, erzählt Daniel. »So konnten wir Lesungen mit den Sport- und Sachbuchautoren Frank Willmann, Ronny Blaschke und Dietrich Schulze-Marmeling anbieten.«

Der schwule Schiedsrichter Halil Ibrahim Dincdag, der in der Türkei aufgrund seiner Homosexualität keine Spiele mehr pfeifen darf, schilderte seine Erlebnisse und referierte im November 2014 im Göttinger Fanraum. Im Mai las Christoph Ruf aus seinem Buch »Kurvenrebeln«. Der Karlsruher Journalist stellte seine Recherchen aus dem Umfeld und Innenleben der Ultras vor.

Tradition und Engagement

Ihr Traditionsbewusstsein und zivilgesellschaftliches Engagement haben Verein und Fans mehrfach unter Beweis gestellt. »Juristisch ist die ausgegliederte Fußballabteilung nicht identisch mit dem 2003 insolvent gegangenen 1. SC Göttingen 05, obwohl beide den gleichen Namen tragen«, erläutert Philipp. »Ideell sehen wir uns aber in der Tradition unseres 110 Jahre alten Vereins«. Dazu gehören auch die jüdischen Mitglieder.

In Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Christlich-jüdische Zusammenarbeit veranstaltete die Supporters Crew am 9. November 2014 auf dem Platz der Synagoge



▲ Ludolf Katz hatte sich als 15-Jähriger dem 1. SC Göttingen 05 angeschlossen. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde Katz 1934 als jüdischer Sportler aus dem Verein ausgeschlossen. 1938 gelang Ludolf Katz die Flucht in die USA. Dort lebte der 91-Jährige bis zu seinem Tod. Er starb im August 1994 in der Küstenstadt Sarasota, im Bundesstaat Florida.

▼ Engagierte Fußballfans: Daniel, Buddha und Philipp (von links)

Fotos: Kai Böhne



eine Gedenkveranstaltung an die Novemberpogrome von 1938. Im Anschluss wurde der Film »Und plötzlich waren wir Feinde« in den 05-Fanräumen gezeigt. Der Film behandelt die Göttinger Familie Katz zur Zeit der Novemberpogrome. Besonders erinnert wurde an das SC 05-Mitglied Ludolf Katz. Im Dezember 2014 referierte Dietrich Schulze-Marmeling, der Autor von »Davidstern und Lederball«, über die Zerschlagung der einst liberalen Fußballkultur in Deutschland. Anschließend wurde an der Außenwand eine Gedenktafel für Ludolf Katz angebracht.

Unter dem Motto »Zwei Herzen in einer Brust« werden

die Fans ihr 110 und 10-jähriges Vereinsjubiläum mit einer Party, einem Fanturnier und einem Freundschaftsspiel zwischen dem 1. SC 05 und dem RSV 05 Anfang Juli gebührend feiern. ●

Supporters Crew 05 e. V.
FanRaum Nullfünf
Obere Masch 10
37073 Göttingen
0551 – 82083928
☎ <http://www.scg05.de/>

NETZWERK NEWS

Fördern – Vernetzen – Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V., als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds, ist mit seiner Idee seit nunmehr 37 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt: Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen Unterstützer_innen und Spender_innen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

www.netzwerk-selbsthilfe.de



Ihr kriegt uns hier nicht raus!

Das ist unsere Stadt - schmeißt doch endlich alle privaten Investoren aus Berlin raus!

Schon Fontane wusste, dass ein guter Aphorismus bekanntlich die Weisheit eines ganzen Buches in einem einzigen Satz ist. Und weil einige bestimmte Berliner ganz besonders weise sind, schallt es von den Dächern der Stadt donnernd, dröhnend und vom heißen Atem dampfend:

Kämpfe um Wohnraum, bezahlbare Mieten und Häuser haben eine lange Geschichte und Tradition. ++++ Wir sind friedlich! - Was seid ihr? ++++ Tucholskystraße ++++ Die Häuser denen, die drin wohnen! ++++ Adalbertstraße ++++ Miete zu teuer, ob warm oder kalt! - Hier und anderswo knallt es bald! ++++ Samariterstraße ++++ Schamweberstraße ++++ Kein Gott – kein Staat – kein Mietvertrag! ++++ Macht ihr uns das Haus platt, nehmen wir uns die ganze Stadt! ++++ Jessnerstraße ++++ Mit Beton billig bauen und die ganze Stadt versauen?! ++++ Pfarstraße ++++ Krieg den Hütten,

Paläste für alle!!! ++++ Liebigstraße ++++ Häuser her, aber flink, sonst streichen wir die City pink! ++++ Kinzigstraße ++++ Lass kraake, lass knalle – Wir bleiben Alle! ++++ Grünbergerstraße ++++ Die Häuser denen, die drin wohnen - Wohnungslos muss nicht sein, zieht in leere Häuser ein! - Ihr reißt unsere Häuser ein und wir sollen Chaoten sein? ++++ Rigaerstraße ++++ Reißt ihr unsere Häuser nieder, sehn wir uns in euren wieder! ++++ NewYork59 ++++

Im Sommer 2015 jährt sich zum 10. Mal die Gründung des »NewYork59 im Bethanien«.

Am 11. Juni 2005 besetzten ehemalige Bewohner_innen, Aktivist_innen, Unterstützer_innen und Projekte des 5 Tage zuvor rechtswidrig geräumten Projektes »York59« zwei Etagen des Südfüßels im Bethanien in Berlin-Kreuzberg und sind dort bis heute erfolgreich vom Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg geduldet. Das heute dem Wohnprojekt von vielen Initiativen wie der ARI-Doku-Gruppe, LatinoKino, Multitude, der Kampagne Steigende Mieten Stoppen!, der Kollektivbibliothek und dem Euro-

pean Youth for Action, um nur einige zu nennen, genutzte Gebäude, wird in Selbstverwaltung betrieben.

Zum Anlass der erfolgreichen Besetzung vor zehn Jahren plant das New York im Bethanien ab Juni verschiedene Veranstaltungen. Angedacht sind eine Ausstellung über den Räumungskampf der York59, die Besetzung und Gründung des NewYork59 und den Anti-Räumungs- sowie Anti-Privatisierungskampf im Bethanien, bis hin zur erfolgreichen Abwehr des geplanten Verkaufs des Bethanien an einen – wie immer äußerst – privaten Investor. Darüber hinaus soll es neben dem laufendem Programm, auch Infoabende und Diskussionsveranstaltungen zur Bethanien-Besetzung, zur Geschichte von Hausbesetzungen in Berlin und zu aktuellen Themen rund um Verdrängung/Gentrifizierung und Gegenstrategien in den Berliner Innenstadtbezirken geben.

Stella Napieralla

Weitere Informationen unter:
☎ <http://newyork.net>

ENERGIE-PROSUMENTEN-GENOSSENSCHAFT

Gemeinsam produzieren und nutzen

Energiekooperativen als Vorreiter der Prosumenten-Idee

Schon seit Längerem lässt sich der Trend beobachten, dass sich Konsumentinnen und Konsumenten in den Prozess der Herstellung von Gütern und Dienstleistungen einmischen. Dies wurde von dem Futurologen Alvin Toffler bereits im Jahr 1983 mit dem Begriff Prosuming beschrieben. Die Realisierung der Idee des Prosumers beziehungsweise des producing consumer, also des produzierenden Konsumenten ist grundsätzlich auch im Energiesektor denkbar. Als Einzellösung für die Weiterentwicklung der Energiewende führt dies nicht wirklich zu tragenden Konzepten. Das ändert sich, sobald, wie im Genossenschaftswesen üblich, Prosuming als Gruppenphänomen, als Ansatz für die Gruppenselbsthilfe gesehen wird. Wir sind dann bei dem Thema Prosumenten-Energiegenossenschaft oder Prosumer eG.

VON BURGHARD FLIEGER UND HERBERT KLEMISCH, REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN • Die meisten der gegenwärtig rund 900 Energiegenossenschaften konnten ihre Mitglieder dazu bewegen, in Kraftwerke zur Erzeugung Erneuerbarer Energien zu investieren, überwiegend in Photovoltaikanlagen. Mittlerweile genügt dies nicht für ihre wirtschaftliche Weiterentwicklung. Vielmehr geht es heute darum, dass die erzeugte Energie möglichst vor Ort und möglichst zeitgleich genutzt wird. Damit entwickeln diese Genossenschaften als ehemalige Produzentengemeinschaften eine neue Identität.

In einer echten Genossenschaft lässt sich das sogenannte Identitätsprinzip erkennen. Zwei Rollen, die sich sonst am Markt gegenüberstehen, fallen in der Genossenschaft im Idealfall bei jedem einzelnen Mitglied zusammen. Bei den Energiegenossenschaften wird das Identitätsprinzip in veränderter Form erfüllt, wenn die Mitglieder einer Genossenschaft nicht nur gemeinschaftlich Energie produzieren, zum Beispiel durch Photovoltaikanlagen (PV-Anlage), sondern die erzeugte Energie als Verbraucher gemeinschaftlich nutzen. Sie wären dann gleichzeitig Produzenten und Verbraucher, eben Prosumenten. Es handelt sich dann um Energieprosumenten-Genossenschaften.

Primärgenossenschaftliche Pioniere

Bereits seit Längerem ist es möglich, den erzeugten Strom von den Mieter/innen einer Immobilie, auf deren Dach der Strom erzeugt wird, direkt in deren Verbrauch fließen zu lassen. Diese als »Direktverbrauch« bezeichnete Variante wird von immer mehr Energieproduktionsgenossenschaften praktiziert. Es ist durch das Eintreten der Netzparität bei Photovoltaikanlagen auch wirtschaftlich, zumindest solange nicht die Netzzumlage und die volle EEG-Umlage bezahlt werden muss: Die Energiegenossenschaft verkauft dann den mit einer PV-Anlage erzeugten Strom an den Gebäudenutzer. Nur der überschüssige Strom wird über die EEG-Vergütung ins Netz eingespeist. Mit den Gebäudebewohnern wird ein individueller Preis vereinbart, der über der EEG-Vergütung, jedoch unter dem normalen Stromeinkaufspreis liegt, so dass beide Seiten davon profitieren.

Vorreiter hierfür war in Deutschland die Bürgersolar-genossenschaft Delmenhorst eG. Sie wurde seitens der Volksbank Delmenhorst zusammen mit kommunalen



Foto: Burghard Flieger

▲ Nahwärmegenossenschaften wie die Bio-Energiedorf Wallen eG können als Vorbilder für die Prosumer-Idee dienen. In ihnen sind die Mitglieder gemeinschaftliche Erzeuger und gleichzeitig individuelle Nutzer.

Vertretern der Stadt Delmenhorst am 10. Dezember 2008 initiiert. Die Genossenschaft betreibt Photovoltaik-Anlagen auf kommunalen sowie privaten Dächern in Delmenhorst und Ganderkesee. Sie praktiziert bei einigen Standorten die Möglichkeit des Direktverbrauchs von Strom durch die Nutzer der Gebäude.

Eines der innovativsten Projekte dieser Art hat die Bürger Energie Region Regensburg eG (www.berregensburg.de) realisiert: das »Haus mit Zukunft«. Dabei handelt es sich um ein genossenschaftliches Mehr-Generationen-Wohnprojekt für 35 Haushalte als »EffizienzhausPlus«. In dem rundum nachhaltigen Neubau stammen Strom und Wärme zu hundert Prozent aus Erneuerbaren Energien. Nicht nur der Strom für alle Wohneinheiten, auch der Hausstrom, der Strom für die Elektroauto-Ladestation und für die Wärmepumpe kommt aus regenerativen Quellen, zum Teil direkt mit Solarstrom vom Dach, der Rest über die Naturstrom AG.

Sekundärgenossenschaftliche Ergänzungen

Zunehmend treten für solche Konzepte Organisationen wie Stromhandelsunternehmen und auch Energieverbraucher-genossenschaften am Markt auf. Sie bieten Energieproduktionsgenossenschaften an, ihren Strom oder einen Teil davon zu einem besseren Preis zu vermarkten. Das heißt, der Erlös liegt über dem, was sie sonst aktuell dafür erhalten. Oder sie liefern den Reststrom, wenn die Photovoltaik-Anlage auf dem Dach des jeweiligen Gebäudes nicht genug Energie erzeugt.

Als ein regionaler Akteur dieser Art wurde die Dachgenossenschaft BürgerEnergie Thüringen Sachsen eG gegründet mit dem geschützten Produkt »Thüringer Landstrom«. Noch weiter bei ihrer Entwicklung ist die Vermarktungsgenossenschaft Regionalstrom Franken eG. Sie wurde im Oktober 2014 aus der Taufe gehoben mit dem Ziel, die zahlreichen Kleinerzeuger der Region westlich von Nürnberg zu bündeln und den Strom in der Region bis zum Endkunden zu vermarkten. Sie macht die Energiegenossenschaften damit fit für die Zukunft nach dem Auslaufen der EEG-Förderung.

Bundesweit sind die Bürgerwerke eG mit Sitz in Heidelberg unterwegs (www.buergerwerke.de). Diese Genossenschaft unterstützt die örtlichen Energiegenossenschaften bei der Vermarktung von Strom an die eigenen Mitglieder. Ziel ist deren größere Unabhängigkeit von den politischen Rahmenbedingungen. Die erhöhte Wertschöpfung kann unter anderem für den Aufbau professioneller Strukturen genutzt werden. Das hilft, die Wirksamkeit der jeweiligen Bürgerenergiegenossenschaft vor Ort nachhaltig zu erhöhen. Bei den

dafür anstehenden Aufgaben wäre die einzelne Primär-genossenschaft meist überfordert. Im Verbund der Bürgerwerke gelingt den Primär-genossenschaften der Einstieg in die Vermarktung von Strom, indem notwendige Kompetenzen und Kapazitäten über die Sekundär-genossenschaft gebündelt werden. Gleichzeitig können so Kosten eingespart und Risiken gestreut werden.

Option: steuerentlastendes Mitgliedergeschäft

Der ureigene Geschäftszweck von Genossenschaften ist die Förderung der Mitglieder und damit das Mitgliedergeschäft. Für den Energiesektor können insofern genossenschaftliche Prosumenten-Ansätze mit der Konzentration auf das Mitgliedergeschäft in Richtung steuerentlastete Energienutzer-genossenschaft weiterentwickelt werden. Wenn eine lokale Genossenschaft ihren vor Ort erzeugten Strom an ihre Mitglieder in diesem Ort verkauft, kann sie, wenn daraus Überschüsse erzielt werden, diese an die Mitglieder rückvergüten. D.h. ein etwaiger Gewinn aus dem Mitgliedergeschäft wird nach Erstellung der Bilanz an die Mitglieder teilweise oder ganz zurückgezahlt. Dies gilt als Betriebsausgabe und mindert den Gewinn der Genossenschaft (Genossenschaftliche Rückvergütung § 22 KStG). Bei einer Kapitalgesellschaft wäre dies eine verdeckte Gewinnausschüttung.

Mit der Weiterentwicklung zur Prosumenten-Energiegenossenschaft vollzieht sich so ein Perspektivenwechsel in der Wertschöpfungskette Energie. Energienutzerinnen und -nutzer werden zu immer konsequenteren Mitgestaltern der Energiewende. Sie produzieren nicht nur Erneuerbare Energien, sondern nutzen diese auch vor Ort und optimieren im Idealfall diese Nutzung durch Abstimmung ihres Stromverbrauchs mit den eigenen Erzeugungskapazitäten.

Solche Ansätze sind auf die Lösung eines zentralen Problems der Energiewende ausgerichtet: Wie lässt sich eine nachhaltige Energieversorgung in einen breiten Anwendungstransfer bringen, um damit dauerhaft umwelt- und klimabewusste Modelle zu verankern, die zum nachhaltigen Wirtschaften und zum Gelingen der Energiewende beitragen. Die Antwort ist ganz einfach: durch die Umsetzung innovativer genossenschaftlicher Prosumenten-Modelle. Bis die Verwirklichung solcher Ansätze auf vielen energiegenossenschaftlichen Füßen steht, ist für die detaillierte Ausarbeitung solcher Konzepte allerdings noch viel Projektierungsaufwand erforderlich.

Tagung zur Prosumenten-Idee

Dazu dient auch die Tagung »Energiegenossenschaften als Vorreiter der Prosumer-Idee - Das Klima

durch genossenschaftliche Selbstversorgung schützen«, organisiert durch den Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V. Er setzt hiermit wichtige Impulse für die Zukunft der Energiegenossenschaften. Ihre Entwicklungsfähigkeit wird sich mit ihrer Handlungsfähigkeit außerhalb des Erneuerbaren Energien Gesetzes (EEG) erweisen. Anlässlich des internationalen Genossenschaftstages findet die Veranstaltung in einer angenehmen Umgebung statt: in der Evangelische Akademie Loccum vom 03.7.-05.07.2015.

Die Möglichkeiten der Prosumeridee im Energiesektor auszuleuchten, steht auf dieser Tagung erstmals im Vordergrund. Ausgehend von der gegenwärtigen Situation auf dem Energiemarkt werden am ersten Tag die Rahmenbedingungen dafür erläutert. Im zweiten Schritt bzw. am zweiten Tag steht die Vielfalt bisheriger Ansätze im Mittelpunkt. Sie reichen von Mieterstrommodellen im Bereich Photovoltaik über Energiegenossenschaften, die mit Hilfe von BHKWs ihre Mitglieder gleichzeitig mit Strom und Wärme versorgen, bis hin zu Nahwärmegenossenschaften, bei denen Erzeugung und Verbrauch von Beginn an das Geschäftsmodell darstellt.

Visionsgeprägter Ausblick

Arbeitsgruppen zu Kooperationsmodellen wie die Zusammenarbeit mit genossenschaftlichen Stromlieferanten, die Projektumsetzung mit Wohnungsbaugenossenschaften und die Nutzung von Unterstützungsstrukturen bei der Projektentwicklung und bei der Software runden den Nachmittag ab. Hier geht es um die Veranschaulichung der vielfältigen Möglichkeiten anhand konkreter Umsetzungserfahrungen. Beim Ausblick liegen die Schwerpunkte vor allem bei Forderungen an die Politik und beim Aufzeigen von Chancen sowie Visionen einer energiegenossenschaftlich geprägten Energiewirtschaft.

Die Tagung wird von einer Vielzahl von Akteuren wie Greenpeace Energy eG, der innova eG, der GLS Bank, dem Genossenschaftsverband, dem Wissenschaftsladen Bonn sowie der Energieagentur Niedersachsen, dem Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften und der DKB-Bank unterstützt. Sie wendet sich besonders an Energiegenossenschaften und Promotoren der Energiewende und dient im besten Fall als Meilenstein für die Weiterentwicklung einer dezentralen von den Energiegenossenschaften mitgetragenen Energiewende. Mit dem Kostenbeitrag von 200 Euro sind zwei Übernachtungen und die Verpflegung mit abgedeckt. ●

Weitere Information und Anmeldeformular:

☞ <http://genossenschaftsgedanke.de/tagung-energiegenossenschaften-als-vorreiter-der-prosumer-idee/>



Produzent und Konsument
in der Genossenschaft
sind eins!

▲ »Das genossenschaftliche Identitätsprinzip« aus Genossenschaftsfamilie 1931, umgestaltet

ANZEIGE

Genossenschaft gründen?
www.genossenschaftsgruendung.de
Telefon 040 - 23 51 97 90

Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

ANNE SEECK FRAGT RENÉ TALBOT

66 99

Selbstbestimmung durch PatVerfü?

Ihr wehrt euch gegen Zwangsbehandlungen mit der PatVerfü. Wer braucht sie und was beinhaltet die PatVerfü?

Die PatVerfü® ist eine schlaue Patientenverfügung für ein selbstbestimmtes Leben ohne Zwangspsychiatrie. Alle Erwachsenen, denen ihre Selbstbestimmung beziehungsweise Freiheit lieb ist, sollten eine PatVerfü haben, die von einem breiten Bündnis von Organisationen herausgegeben wird. Die PatVerfü ist zwar nur ein Stück Papier, das praktisch nichts kostet, aber sie kann ärztliche Versuche, gewalttätig festzuhalten und/oder sogar mit Zwang zu behandeln, verhindern. Und zwar so: Jede medizinische Untersuchung kann im Voraus mit einer Patientenverfügung rechtswirksam untersagt werden, weil das so explizit im Patientenverfügungsgesetz steht. In der PatVerfü wird genau detailliert jede der angeblichen »psychische Krankheiten« (ICD 10: F00 fortlaufend bis F99) verboten zu diagnostizieren, so dass es keinen Interpretationsspielraum mehr gibt, den Richter oder Ärzte nutzen könnten, um ihre Vorstellungen durchzusetzen. Damit ist der primäre Schutz gegen jede zwangspsychiatrische Maßnahme geschaffen, weil alle psychiatrischen Sondergesetze nur für angeblich oder tatsächlich »psychisch Kranke« gelten. Ohne entsprechende Diagnose gibt es keine »psychisch Kranken«, weil die Behauptung, jemand sei angeblich »psychisch krank« dann nur eine unbewiesene Unterstellung, eigentlich sogar eine Beleidigung und Verleumdung ist, weil ein Arzt die Unterstellung weder überprüfen noch bestätigen kann, da ihm das durch die PatVerfü gesetzlich verboten ist. Die notwendige Bedingung, um mit Hilfe eines der psychiatrischen Sondergesetze entrechtet werden zu könnten, wird unerfüllbar. Deshalb ist das Motto der PatVerfü:

Geisteskrank? Ihre eigene Entscheidung!

Wann wird die PatVerfü anerkannt?

Da die PatVerfü anhand der Bedingungen des Patientenverfügungsgesetzes (§ 1901a BGB) entworfen wurde, ist sie durch dieses Gesetz vor jedem Gericht und jedem Arzt immer wirksam, wenn sie in sog. »einwilligungsfähigem Zustand« unterschrieben wurde. Das kann man z.B. durch ein ärztliches Attest zum Zeitpunkt der Unterschrift dokumentieren. Als zusätzlicher Schutz, die zweite Verteidigungslinie, wird in der PatVerfü jede Zwangseinweisung und Zwangsbehandlung untersagt. In einer dritten Verteidigungslinie ist in der PatVerfü eine Vorsorgevollmacht vorgesehen, die es jenseits des Diagnoseverbots unmöglich macht, einen Betreuer gerichtlich aufzuzwingen.

Weiter gilt:

- Eine PatVerfü mit einem Bevollmächtigten zu haben ist besser als eine ohne, zwei Bevollmächtigte sind besser als einer und ab drei Bevollmächtigten wird's ganz super
- Die PatVerfü bei der Bundesnotarkammer registrieren (kostet unter 20,- EUR),
- zusätzlich ein ärztliches Attest über Geschäftsfähigkeit besorgen,
- ganz Vorsichtige beurkunden die PatVerfü zusätzlich beim Notar.

Sobald man seine PatVerfü vorzeigt, die man im Geldbeutel immer bei sich führen sollte, wissen die Ärzte unserer Erfahrung nach genau, was »gespielt« wird und dass auch kein Richter mehr eine Zwangseinweisung legalisieren kann. Ansonsten sollte man beim Psychiater schweigen, so dass er gar keine diagnostischen Unterstellungen konstruieren kann. Bitte unsere Website www.patverfu.de besuchen, da sind das Formular und viele Tipps und Hinweise zu finden.

Gibt es nicht auch gute Gründe für Zwangseinweisungen? Nämlich wenn das Leben der Betroffenen oder anderer Personen gefährdet ist, also »Selbst- und Fremdgefährdung«?

Konkrete Gefährdungen anderer Personen muss die Polizei abwenden; es wäre nur dann eine medizinische Aufgabe, wenn es um objektiv nachweisbare Viren und Bakterien ginge, also die Seuchengesetze Quarantäne ermöglichen, um deren Verbreitung zu verhindern. Selbst dann ist nur eine Separation, nicht eine Zwangsbehandlung möglich. Die Zwangspsychiatrie täuscht nur »Hilfe« vor, wo sie tatsächlich Schutzhaft gegen nicht-kriminelle

Personen praktiziert. Und bei der Zwangsbehandlung begeht sie sogar Körperverletzung. Das ist die schlimmste Strafe nach der Todesstrafe.

Sich selbst gefährden zu dürfen ist hingegen eine logische Konsequenz des Rechts auf den eigenen Körper. Dieses Recht in Frage zu stellen führt zu der Willkürherrschaft derer, die sich anmaßen, ohne Zustimmung der Betroffenen über deren Körper zu verfügen. Wenn es Hilfe sein soll, muss die angebotene Hilfe auch erwünscht sein, alles andere ist Terror; mag er noch so gut und fürsorglich gemeint sein. Wenn es wirklich gut gemeinter Zwang sein sollte, dann muss aber für die Zwang Ausübenden das Strafgesetzbuch gelten, wenn den so »Geholfenen« das gar nicht gefallen haben sollte und sie Anzeige erstatten. Es darf per Gesetz keine staatliche Sondergenehmigung für solche Verbrechen geben – den Betroffenen muss die Beurteilung überlassen bleiben, ob solche Übergriffe tatsächlich hilfreich waren, bzw. als heilsam erfahren wurden und sie dann u.U. keine Anzeige erstatten.

Eine völlig andere Situation ist die, wenn vorweg in einer Patientenverfügung explizit Zwangsmaßnahmen von dem Betroffenen zugelassen werden, dann sind sie dadurch legitimiert und legal.

Die PatVerfü soll die Entstehung psychiatrischer Diagnosen verhindern. Was ist mit jenen, die bereits Diagnosen haben? Und was ist mit jenen, die durch Jobcenter und Sozialämter zwangsweise zu Begutachtungen geschickt werden?

Zum Glück gibt es den ja keinen »ewigen Geisteskranken« – also muss jedes Mal, wenn versucht wird, eines der Sondergesetze anzuwenden, eine neue ärztliche Untersuchung und Diagnose gemacht werden – also gilt eine neue PatVerfü, egal was vorher mal war. Aber vorsichtshalber sollte sie in diesem Fall, wie zuvor erwähnt, mit einem ärztlichen Attest über Geschäftsfähigkeit abgesichert werden. Bei Untersuchungen des Jobcenters oder Sozialämtern kann man nur zum Erscheinen genötigt, jedoch nie zum Sprechen gezwungen werden. Also bei

einer solchen Untersuchung dem Arzt den Ausweis und die PatVerfü zeigen, ansonsten absolut eisern schweigen und möglichst einem Zeugen mitnehmen, der erklärt, dass man eben mit dem Arzt nicht reden möchte. Anders sieht es aus, wenn man Grundsicherung beantragt hat und unbedingt sehr chronisch krank erscheinen will, dann keine PatVerfü vorzeigen. Aber keine Angst, eine solche Untersuchung dürfte so gut wie nie zu einer Zwangseinweisung führen, solange man nichts von akuten Suizidgedanken berichtet oder handgreiflich wird.

Wie kann man sich vor einer Entmündigung in der rechtlichen Betreuung schützen, bei der Aufenthaltsbestimmung und der Geschäftsfähigkeit? Wie kann man sich aus einer Zwangsbetreuung befreien?

Solange »Betreuung« von einem Gericht gegen den Willen aufgezwungen beziehungsweise gegen den Willen aufrecht erhalten werden kann, ist sie eine Entmündigung. Befreien kann man sich daraus mit Hilfe der PatVerfü, die aber in diesem Fall durch ein ärztliches Attest abgesichert werden muss, besser sogar zusätzlich noch notariell beurkundet werden sollte. Mindestens eine Vorsorgebevollmächtigte muss benannt werden, die mit dieser Benennung auch einverstanden ist. Wenn man diese Elemente alle zusammen hat, dann kann man versuchen bei Gericht den Antrag auf Aufhebung der »Betreuung« selber zu stellen; sicherer ist ein Erfolg durch die Beauftragung einer Anwältin, die den Antrag stellt und durchsetzt. Das kostet aber etwa 500,- Euro.

Was habt ihr für Wünsche, wie sollte das PsychKG beim Thema Zwangsbehandlung geändert werden?

Alle Möglichkeiten, Zwang auszuüben, müssen darin gelöscht werden. Nur wenn in einer Patientenverfügung explizit Zwangsmaßnahmen von dem Betroffenen zugelassen werden, dürften sie noch ausgeübt werden. Das gebietet die Behindertenrechtskonvention seit 1.1.2009, wie es mit einem Rechtsgutachten nachgewiesen wurde.

REPRESSION-UND RECHTSFÄLLE

Schwerpunkt »Revisionsrecht«

»Revision heißt die Überprüfung eines Urteils auf Rechtsfehler. Es »kann nicht auf neue Tatsachen, sondern nur auf einen Rechtsfehler des angefochtenen Urteils, also auf Verletzung formellen Rechts oder materiellen Rechts gestützt werden. Die Revisionsinstanz ist daher keine Tatsacheninstanz. Anders als bei einer Berufung werden daher grundsätzlich keine Beweise erhoben. Eine Beweiserhebung ist jedoch über den Revisionsgegenstand oder von Amts wegen in jeder Lage des Verfahrens unter zu prüfenden Verfahrensvoraussetzungen zulässig. Bleibt die Revision gegen ein Urteil erfolglos, so wird das angefochtene Urteil mit der Entscheidung des Revisionsgerichts rechtskräftig. Hat eine Revision zumindest teilweise Erfolg, so trifft das Revisionsgericht grundsätzlich keine eigene Entscheidung, sondern hebt das angefochtene Urteil auf und verweist die Sache zur neuen Entscheidung an die Instanz zurück, die das angefochtene Urteil gesprochen hat. Es muss dann vor dem Ausgangsgericht neu verhandelt werden, wobei andere Richter die neue Entscheidung zu treffen haben.« (Zitat aus Wikipedia).

Praktisch spielen Revisionen bei strafrechtlichen Auseinandersetzungen nur selten eine Rolle. Die meisten Verfahren enden nach der ersten Instanz, spätestens nach dem zweiten Durchgang (sogenannte Berufung) – entweder wird eingestellt oder freigesprochen, meist aber geben die Angeklagten auf: Ihr Geld reicht nicht für die erheblichen Kosten der Revision oder es fehlt die Kraft, nach oft mehreren Jahren Gerichtskampf noch einen draufzusetzen.

Politische Bedeutung von Revisionen

Revisionsverfahren zu gewinnen, hat aber besondere Bedeutung, weil es auf Urteile der darunterliegenden Ebenen durchschlägt – auch für die Zukunft. Die Urteile von Oberlandes- oder noch höheren Gerichten gelten als Vorgaben für Amts- und Landgerichte. Mit ihnen kann argumentiert werden, um eigene Rechte

und Handlungsmöglichkeiten in Prozessen einzufordern. Ein brillantes Beispiel war das Revisionsverfahren gegen die Verurteilung von drei Genfeldbefreier_innen (Aktion in Gatersleben 2008). Hier ordnete das Oberlandesgericht an, dass Verflechtungen und Abhängigkeiten von Genehmigungsbehörden untersucht werden müssen, wenn die Angeklagten deren Versagen als Rechtfertigungsgrund benennen. Dieses Urteil kann nun in Strafprozessen mit politischen Hintergrund vorgetragen werden. Wie brisant es ist, zeigte das Landgericht Magdeburg, das die angeordnete Wiederholung ausfallen ließ und das Verfahren auf Staatskosten einstellte.

Lösungsmöglichkeiten

Trotz der politischen Bedeutung sind Revisionen selten. Dabei gibt es einige Möglichkeiten, die fraglos bestehenden hohen Hürden zu überwinden.

- Kooperation mit Anwalt_innen: Die Vorschrift, dass Angeklagte oder ihre Unterstützer_innen nicht selbst Revisionsbegründungen einreichen dürfen, führt in der Regel zur Notwendigkeit, dass Anwalt_innen spätestens hier eingeschaltet werden müssen. Revisionen sind aufwändig und bedürfen besonderer Form, so dass ihr korrektes Erstellen nicht leicht fällt. Selbst Anwalt_innen scheitern immer wieder. Dennoch ist es möglich, sie so zu unterstützen, dass es zukünftig leichter fällt, Revisionen zu erarbeiten und zu gewinnen. Dazu gehört vor allem die vorbereitende Tätigkeit im zur Revision führenden Prozess. Werden hier Rechtsfehler des Gerichts provoziert, dann ordentlich protokolliert und formal bereits im Prozess angegangen (Rüge, Beschwerde, Gerichtsbeschluss usw.), so lassen sich später daraus einfacher Revisionen formulieren. Entsprechende Schulungen und Ratgeber sind notwendig.
- Laienverteidigung: Der Anwaltszwang ist nicht absolut, auch wenn das Anwalt_innen und Rechtsberatungsgruppen oft behaupten. Berechtig, eine Revisionsbegründung abzugeben, sind nämlich alle Personen, die

als Verteidiger_innen in den Vorinstanzen zugelassen wurden. Das können aber vor Amts- und Landgericht auch Laien sein (www.laienverteidigung.de.vu). Eine solche zu beantragen, ist folglich nicht nur sinnvoll, um eine politische Prozessführung und Hilfe auf Gegenseitigkeit zu realisieren, sondern auch nötig, um sich eine zusätzliche Option zu eröffnen, die Revisionsinstanz anrufen zu können.

- In der Regel läuft die Revision im rein schriftlichen Verfahren. Das bedeutet, dass die Erstellung der schriftlichen Revisionsbegründung die wichtigste, in der Regel einzige richtige »Arbeit« ist. Aber die hat es in sich, weil die Formvorschriften an Revisionen sehr hoch sind. Zudem bleibt nach Zustellung des Urteils nur einen Monat Zeit – und das Protokoll, welches wesentlich ist für das präzise Belegen von Rechtsfehlern, ist oft ab dann erst mühselig zu organisieren. Andererseits: Die Textbausteine für die einzelnen, nachzuweisenden Rechtsfehler lassen sich schon während des Gerichtsverfahrens, auf das sich die Revision bezieht, sammeln.
- Sprungrevision: Der für Politaktivist_innen übliche Ablauf eines Strafverfahrens ist erste Instanz, Berufung und dann Revision – jedenfalls wenn das Verfahren voll ausgeschöpft wird. Eventuell ist danach noch eine Verfassungsklage möglich, wenn Grundrechte betroffen sind. In einer Stelle kann abgekürzt werden: Wenn schon in der ersten Instanz deutliche Rechtsfehler vorlagen, kann die zweite ausgelassen und sofort die Rechtsfehlerüberprüfung eingeleitet werden. Das nennt sich Sprungrevision. Wird die gewonnen, muss die erste Instanz nach den Vorgaben der Revisionsentscheidung wiederholt werden.

Aktuelle Beispiele: Zweimal Sprungrevision gewonnen!

In zwei Verfahren wagten die Beteiligten die Revision schon nach der ersten Instanz. Das ist ein riskantes, aber auch sehr offensives Verfahren. Einerseits besteht die Gefahr,

hier schon endgültig zu verlieren, denn dann ist das Urteil rechtskräftig. Die Berufung ist einfach ausgefallen. Andererseits ist die Sprungrevision die entschlossener Variante, um Amtsrichter_innen aufzuzeigen, dass deren typische Rechtswillkür nicht akzeptiert wird. Sowohl im Prozess um die Stuttgarter Rathausbesetzung als auch um einen Workshop in einem besetzten Haus an den Kohleabbaugruben nahe des Hambacher Forstes westlich von Köln gab es jetzt Erfolge: Beide Prozesse müssen wiederholt werden – von Anfang an. Spannend waren beide Fälle vor allem deshalb, weil es mehrere Angeklagte gab und nicht alle den gleichen, offensiven Weg wählten. Die, die offensiver vorgingen und dann die Sprungrevision wagten, waren deutlich erfolgreicher. Das kann ein Signal an die bisher üblichen Repressionschutzpraxen in politischen Zusammenhängen sein. Es geht mehr, es geht offensiver, schlicht: politischer!

Infoseite zu kreativer Gerichtsprozessführung: www.prozesstipps.de.vu.

Ein aktuelles Buch von Volker Stein: »Versammlungsrecht«

Ein wichtiges und nützliches Buch aus dem Verlag für Polizeiwissenschaft in Wiesbaden, verfasst von einem Richter, der mit Polizeirecht ständig auf Tuchfühlung ist. Die Texte lassen sich daher nicht nur als Informationsquelle nutzen, um Demonstrationen rechtmäßig durchzuführen, die Grenzen abschätzen zu können und um das Handeln der Polizei zu bewerten, sondern es ist auch hilfreich, wenn es zu rechtlichen Auseinandersetzungen kommt. Das Buch ist dabei in zwei Teile geteilt. Zu Beginn werden konkrete Fragestellungen erörtert, danach die einzelnen Paragraphen des Versammlungsgesetzes wie in einem Rechtskommentar erörtert.

Volker Stein: »Versammlungsrecht: Erläuterungen zu Art. 8 Grundgesetz und zum Versammlungsgesetz« 2014, Verlag für Polizeiwissenschaft, 274 S., 19,80 EUR.

Jörg Bergstedt

ASCONA, EDEN, FRIEDRICHSHAGEN

Erich Mühsam und seine Beziehungen zu lebensreformerischen Welten



So wurde ich zu den Robköstlern gesteckt und mir eine Luftbütle als Behausung zugewiesen (...) Vierzehn Tage hielt ich's aus, dann ging ich zum Direktor und klagte ihm, dass ich dabei zugrunde geben müsse, »Ob«, sagte der, »das ist nur eine Krise, die muss jeder durchmachen. - »Aber«, meinte ich, »wenn ich nun die Krise nicht überstehe? Wenn ich dabei auf der Strecke bleibe?« Herr Oedenkoven sah mich streng an: »Das kann ja sein, aber dann ist gar nichts an Ihnen verloren!« Da ging ich ins Dorf hinunter, setzte mich in eine solide Osteria, ließ mir ein Beefsteak geben, trank einen halben Liter Wein dazu und rauchte danach eine große, dicke Zigarre. Nie hat mir eine Mahlzeit so geschmeckt, nie mich eine so gekräftigt und dem Leben gewonnen.

Mühsams Weg zum Siedlungsgedanken

Mühsam ist zwar in Berlin geboren, aber er wuchs in Lübeck auf. Sein Vater besaß die Apotheke am Lindenplatz. Er hatte ebenso wie die Lehrer des Gymnasiums kein Verständnis für den angehenden Dichter. Unter den Lehrern des Lübecker Katharineums litten übrigens auch Heinrich und Thomas Mann. Erich sollte auf Wunsch seines Vaters einmal die Apotheke übernehmen. Aber er flog wegen »sozialdemokratischer Umtriebe« vom Gymnasium. Im mecklenburgischen Parchim schaffte er 1896 das sogenannte Einjährige. Bis 1899 absolvierte er eine Apothekerlehre. Er wurde Apothekengehilfe in Lübeck, Lippe und in Berlin. Aber nur bis 1901, dann wurde er freier Schriftsteller.

Ein Gespräch mit dem Literaten Heinrich Hart nahm ihm die letzten Zweifel. Hier ein Ausschnitt aus Mühsams »Unpolitischen Erinnerungen«:



...und als ich ihm erzählte, dass ich die Berufung zum Dichter in mir fühle, dass mir aber von allen Seiten abgeraten wurde (...), da rief er fröhlich: »Unsinn! Wenn Sie keine Angst haben vor ein bißchen Hunger und ein paar Feilschlägen, dann tun Sie getros, was Sie ja doch tun müssen.

Hart lud Mühsam zu einem Vortrag von Gustav Landauer ein: Der Beginn einer Lebensfreundschaft. Landauers Aufsätze begeisterten den jungen Mühsam. Er war stark beeindruckt von den revolutionär-philosophischen Vorträgen über Tolstoi und Nietzsche.

Die Neue Gemeinschaft und Friedrichshagen

In der anarchistisch-kommunistischen Kommune »Neue Gemeinschaft«, die von 1900 bis 1904 in Berlin-Schlachtensee existierte, traf Mühsam auf viele berühmte Denker: Heinrich Hart, Julius Hart, Gustav Landauer und Felix Holländer. Man diskutierte, aß und trank zusammen, entwickelte Pläne für ein künftiges Zusammenleben außerhalb der kapitalistischen Gesellschaft.

Es entstand die Idee einer neuen Siedlung außerhalb Berlins. Solche Siedlungen, die oft anarchistische Ideen zur Grundlage hatten, waren schon in Paris und London entstanden. Hören wir Mühsam in seinen unpolitischen Erinnerungen:

Am Müggelsee, in Friedrichshagen, wurde die Fabne aufgepflanzt. Ein Teil der jungen Stürmer siedelten sich dort an, die anderen kamen als regelmäßige Gäste, zum Diskutieren, zum Revolutionieren, zum Aufbauen und Schaffen neuer geistiger und sozialer Werte (...). Als ich 1902 nach Friedrichshagen zog, war sie (die Siedlungsidee, GB) noch springlebendig (...). Ich kam nach Friedrichshagen als Mitbegründer, Mitarbeiter und verantwortlicher Redakteur der Wochenschrift »Der arme Teufel«, als dessen Herausgeber Weidner zeichnete.

Wie Mühsam damals dachte, schrieb er nieder in seinem Text »Appell an den Geist«:

Wir Menschen sind geschaffen, in Gesellschaft miteinander zu leben; wir sind aufeinander angewiesen, leben voneinander, beackern miteinander die Erde und verbrauchen miteinander ihren Ertrag. Man mag diese Einrichtung gegenüber fast allen anderen Tieren bewerten: die Abhängigkeit des Menschen von den Menschen besteht, und sie zwingt unsern Instinkt in soziale Empfindungen. Sozial empfinden beißt somit, sich der Zugehörigkeit zur Gemeinschaft der Menschen bewusst sein; sozial handeln heißt im Geiste der Gemeinschaft wirken.

Dies ist der Konflikt, in den die Natur uns Menschen gestellt hat: dass die Erde von unseren Händen Arbeit fordert, um uns ihre Früchte herzugeben, und dass unser Wesen bestimmt ist von Faulheit, Genusssucht und Machtbunger. Wir wollen Nahrung, Behausung und Kleidung haben, ohne uns dafür anstrengen zu müssen; wir wollen, fern von der Pein quälender Notwendigkeiten, beschaulich genießen; wir wollen Macht ausüben über unsere Mitmenschen, um sie zu zwingen, uns unsre heitere Notentrücktheit zu sichern. Den Ausweg zu finden aus dieser Diskrepanz: das ist das soziale Problem aller Zeiten.

Mühsam besucht im Laufe seines Lebens viele Stätten, in denen unterschiedliche alternative Lebensgemeinschaften entstanden waren. Leider entwickelten sie sich oft anders als es seinen Vorstellungen entsprach. Z.B. wurde in Eden die Idee des Gemeineigentums aufgegeben; es setzten sich oft sozialdemokratische Ansichten durch, während Mühsam sich dem Anarchismus verpflichtet fühlte. So führte ihn auch die anarchistische Idee auf die Bakuninhütte bei Meiningen. Diese Hütte ist heute als Kulturdenkmal erhalten und erinnert an eine Zeit, als der Anarchismus eine sehr starke Wirkung in Deutschland ausübte. Auch Mühsam besuchte mehrmals die Meiningener Syndikalistinnen und auch die Bakuninhütte. Der Dichter schrieb 1930 folgende Postkarte an seine Frau:



Frau Zenzl Mühsam
Berlin-Britz
Dörchbläuchtingstr. 48

Meiningen 9.2.1930

Liebste Zenzl!

Diese Hütte haben die Genossen gebaut, 600 m hoch, mitten im schönsten Wald. Wir sind ungefähr eine Stunde bis herauf gestiegen. Heute Abend werde ich Virbücher (?/ guten Tag sagen, der eine Versammlung hier hat. Morgen früh geht's weiter. Morly (Zenzls Katze) und Tobias (der Hund) sollen brav auf ihre Tante aufpassen.

Grüße an Siegfried und Gerbard. Dich küsse ich. Dein Erich

Mühsams Kampf gegen Militarismus und seine politischen Vorstellungen führten ihn schließlich zu seinem starken Engagement in der Münchener

Räterepublik. Wir wissen, dass diese gewaltsam von rechten paramilitärischen Truppen beseitigt wurde. Mühsam wurde zu 15 Jahren Festungshaft verurteilt. Seine Frau Zenzl besuchte ihn regelmäßig. Hier die erste Strophe seines Gedichts »Der Gefangene«:

Ich hab's mein Lebtag nicht gelernt,
mich fremdem Zwang zu fügen.
Jetzt haben sie mich einkasern,
von Heim und Weib und Werk entfernt.
Doch ob sie mich erschlugen:
Sich fügen beißt lügen!

Nun, 1934 haben sie ihn dann erschlagen. Erich Mühsam wurde in der Nacht vom 9. auf den 10. Juli 1934 im KZ Oranienburg von der SS ermordet. Er war noch in der Nacht des Reichstagsbrandes (27.2.1933) verhaftet worden und ein Leidensweg durch verschiedene Gefängnisse begann. Mühsam selbst sah seinen Tod so: humorvoll und voller Sarkasmus wie die folgenden Zeilen zeigen:



Mein Testament

Und hab ich einst vollendet,
dann scharrt den Mühsam ein.
ein Tränlein noch gependet-
Ein Gruß ins Grab gesendet-
Drauf einen Leichenstein:
Sanft modere Dein Gebein!

Ihr sollt Bescheid mir geben,
Das ist mein letztes Gebot.
Die Becher sollt ihr heben:
Lasst mein' Leichnam leben!
Vorbei ist alle Not!-
Hoch Mühsam! - Hoch der Tod!

Tatsächlich treffen sich nun schon seit vielen Jahren Freunde Erich Mühsams jeweils am 9. Juli jeden Jahres an seinem Grab auf dem Waldfriedhof in Berlin-Dahlem. Es werden Texte vorgetragen und mit einem Glas Wein auf Erich angestoßen.

Noch bis zum 27. September 2015 ist im Schloss Elisabethenburg in Meiningen (Thüringen) die Ausstellung Mühsam in Meiningen und seine Anarchisten zu sehen.

Die Erich-Mühsam-Gesellschaft, der Wanderverein Bakuninhütte und die Meiningener Museen laden zur Fachtagung »Erich Mühsam in Meiningen. Ein historischer Überblick zum Anarchosyndikalismus in Thüringen: Die Bakuninhütte und ihr soziokultureller Hintergrund« nach Meiningen ein. Sie beginnt am Donnerstag, dem 11. Juni und dauert bis zum Sonntag, dem 14. Juni. ●

Kontakt und weitere Informationen:

Wanderverein Bakuninhütte e.V. Ernestinenstr. 14, 98617 Meiningen;
www.muhsam-in-meiningen.de bzw.
anmeldung@bakuninhuette.de

Den Text der Seite stellte Günther Brins zusammen. Er ist Schriftführer der Erich Mühsamgesellschaft. Er lebt in Herrnhut.

Literatur zum Thema: Von Ascona bis Eden. Alternative Lebensformen (Mitteilungen der Erich Mühsamgesellschaft, Heft 27), 2006, ISBN 3-931079-35-X.

Ende des neunzehnten Jahrhunderts war auf dem Monte Verità bei Ascona ein vegetarisches Natursanatorium, ein Anziehungspunkt für viele deutsche Intellektuelle: Hermann Hesse, Otto Weber, Otto Gross, Hugo und Emmi Ball, Hans Arp, Walter Gropius, Ernst Bloch und unter anderen auch Erich Mühsam. Er verfasste 1905 eine Broschüre mit dem Titel »Ascona«. Mühsam hatte erhofft, hier eine Lebensform zu finden, in der die anarchistische Siedlungsidee von Landauer Wirklichkeit werden könnten. Die vegetarische Lebensweise war allerdings nicht das, was der Dichter sich erträumt hatte. Er dichtete die bekannten Zeilen

Der Gesang der Vegetarier - Ein alkoholfreies Trinklied

Wir essen Salat, ja wir essen Salat
und essen Gemüse früh und spät.
Auch Früchte gehören zu unserer Diät.
Was sonst noch wächst, wird alles verschmäht.
Wir essen Salat, ja wir essen Salat
und essen Gemüse früh und spät.

Im Mai 1904 machte sich Erich Mühsam mit seinem Freund Johannes Nohl auf eine Wanderreise. Sie wollten eigentlich nach Capri, aus Geldmangel landeten sie auf dem Monte Verità bei Ascona. Der Gesang der Vegetarier, eine ironische Hymne auf den Vegetarismus, enthält in den weiteren Strophen auch noch die Abkehr vom Fleisch- und Tabakgenuss und fordert alkoholische und sexuelle Enthaltsamkeit.

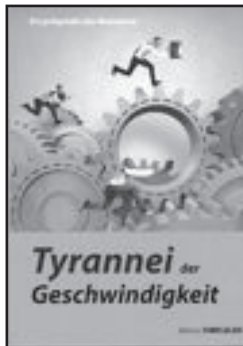
Mühsam schrieb seinem Schriftstellerfreund Julius Bab am 27.4.1904

Momentan bin ich auf dem Monte Verità am Lago Maggiore, wo ich mit einem malerischen Leinenkostüm angetan, kurzbusig barfußig und nacktbalzig herumstelze und vegetarisch - d.h. geruch- und geschmacklos - lebe. Dies alles von wegen der Gesundheit.

Nun, so lange hielt der genießerische Dichter das doch nicht aus, so schrieb er in seinen »Unpolitischen Erinnerungen«



Tyrannie der Geschwindigkeit



Die »Tunnelblick«-Redaktion, eine der aktiven Gruppierungen in der Stuttgarter Bewegung, ließ ihren Blick sowohl geografisch als auch historisch einmal etwas weiter schweifen und entdeckte einen zeitlos aktuellen Text, der im Widerstand gegen ein Schnellbahnprojekt entstand. Das vor 25 Jahren geschriebene politische Pamphlet liefert gut durchdachte und grundsätzliche Argumente, die auch heute gegen unnütze und unsinnige Großprojekte gültig sind.

Damals plante die französische Eisenbahngesellschaft SNCF eine Erweiterung ihres Hochgeschwindigkeitsbahnnetzes bis zum Mittelmeer, um die Reisezeit von Paris nach Marseille auf drei Stunden zu verkürzen. Gegen die neue Bahnstrecke formierte sich eine Protestbewegung von Bauern, Winzern und Anwohnern. Sie blockierten Gleise und besetzten einen Eisenbahnviadukt, um die Verkehrsplaner von ihrem Projekt abzubringen. Doch der Protest flaute ab und die Bahnlinie wurde leicht verändert gebaut. Die damalige Gegenbewegung ist heute vergessen. Jedoch ist das in diesem Zusammenhang entstandene Pamphlet der »Situationisten« überliefert, das sich gegen die »Tyrannie der Geschwindigkeit« richtet. Bereits in den 1950er Jahren hatten die Situationisten damit begonnen, die alte Idee einer Gesellschaft ohne jede Herrschaft und Ausbeutung erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

Schonungslos und hellsichtig analysieren die AutorInnen in ihrer Flugschrift den modernen Beschleunigungswahn, der heute alle Lebensbereiche erfasst hat: Die »sogenannte Staatsmacht« habe ihre Entscheidungshoheit verloren, denn ihre, »in enger Symbiose mit der Hoch- und Tiefbaumafia geplanten Bauvorhaben« verkaufe sie der öffentlichen Meinung »als pharaoenhaft anmutende Projekte, als handle es sich dabei um Antworten auf tatsächlich vorhandene gesellschaftliche Bedürfnisse«.

Ihre Botschaft: Es reiche nicht, gegen einzelne Großprojekte oder andere Auswüchse dieses Prinzips zu protestieren. Zurückzuweisen sei ein technischer Fortschritt, der verspricht, die Menschen zu befreien, sie aber immer tiefer in neue Abhängigkeiten verstricke. Stattdessen sollte »die Frage nach dem guten Leben« gestellt werden und der Kampf gegen den »Starsinn der Verfügenden« müsse zu »den vordringlichsten Maßnahmen öffentlicher Gesundheitspflege« zählen.

Angesichts von Alltagshetze, Mobilitätswahn, Verkehrschaos und Großprojekten wie BER oder Stuttgart 21 ist dieser Text ein Vierteljahrhundert nach seiner Entstehung aktueller denn je. Die vorliegende Neuausgabe macht ihn nun erstmals einem breiten Publikum in deutscher Sprache zugänglich.

Peter Streiff

Edition Tunnelblick: Tyrannie der Geschwindigkeit. Schmetterling Verlag, Stuttgart 2015, 50 Seiten, 7 EUR, ISBN 3-89657-151-6

Die Gesellschaft der Angst



Der Soziologe Heinz Bude beschreibt in den elf Kapiteln seines gleichnamigen Buchs eine »Gesellschaft der Angst«. Die Phänomenologie der Ängste, so der Autor, veranschaulicht ein wesentliches Merkmal der modernen Gesellschaft. Roosevelt griff nach den Jahren der »Großen Depression« das Thema der Angst

auf. Die Aufgabe staatlicher Politik bestand seiner Auffassung nach darin, den Bürgern die Angst zu nehmen – durch die Entwicklung des Wohlfahrtsstaates. Es ging um die »Bekämpfung der Angst davor, ausgerangiert, entrechtet und diskriminiert zu werden«. Im Wohlfahrtsstaat konnte man durch Bildung, Anstrengung und Leistungsvermögen seinen Platz in der Gesellschaft finden, so Bude. Heute könne man alles falsch machen. Die Angst komme daher, »dass alles offen, aber nichts ohne Bedeutung ist. Man glaubt, in jedem Moment mit seinem ganzen Leben zur Disposition zu stehen.« Überall finde ein »Auslesewettbewerb« statt, die »Exklusionsdrohung« höre nie auf.

Bude analysiert die verschiedenen Angsttypen in den jeweiligen Milieus. Die Angst der Gewinner bestehe im Kontrollverlust über das Feld der Konkurrenz. »Es sind jeweils kleine Differenzen in der Darstellung, die große Unterschiede im Ansehen und in der Bezahlung oder im Gewinn machen(...)«. Unter Performanzdruck gerät die Bestenauslese, wenn viele um die wenigen Spitzenplätze

Urbane Agrarwende

Philipp Stierand vertritt in seinem Buch anschaulich und kenntnisreich die These, dass in der Stadt über die Zukunft der Landwirtschaft entschieden wird. Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion sind für ihn keine »ländlichen« Themen, sondern zutiefst urbane. Die Agrarwende muss von der Stadt ausgehen, dort wird über die Zukunft der Ernährung entschieden werden. Diese Fragestellung ist ihm ein echtes persönliches Anliegen. Das ist auf jeder Seite seines flüssig zu lesenden Textes zu merken.

Ursprünglich studierte Stierand Raumplanung und wunderte sich, dass das Thema Lebensmittel in seiner Ausbildung nicht vorkam. Dies war für ihn nur ein Aspekt davon, dass sich die Stadt keine Gedanken über ihre Lebensmittel macht. Dabei verbraucht allein die Stadt Berlin 34.000 Tonnen davon, pro Woche. 20 Prozent davon werden allerdings weggeworfen, das sind pro Einwohner_in in Deutschland im Durchschnitt 80 Kilo im Jahr.

Stierand stellt dem Wahnsinn der industrialisierten Lebensmittelproduktion eine kommunale Ernährungspolitik entgegen, die die Erzeugung, die Verarbeitung, den Handel und Konsum ebenso in den Blick nimmt, wie die Entsorgung. Es gelte auf vielen Ebenen die »New Urban Food Needs« anzustreben, die auf Vertrauen, Gesundheit, Nachhaltigkeit und Fairness basieren. Viele Projekte und Akteure_innen tun dies bereits.

Er stellt drei Strategien vor: urbane und stadtnahe Landwirtschaft, Regionalisierung der Lebensmittelproduktion und drittens die Stärkung der Ernährungskompetenz. Gerade das letzte sei immens schwer, da Verhaltensänderungen tiefgreifende kulturelle Muster überwinden müssten und der Verbraucher zusehends überfordert sei. Dabei hängt er nicht der Illusion an, individueller Konsum könne etwas grundlegend ändern. Vieles sei nur auf politischer Ebene zu regeln und einzuhegen. Er bringt auch neue Argumente vor: In der Landwirtschaft entstehen die größten Schäden und der größte Energieverbrauch oftmals, bevor geerntet wird, der viel diskutierte Transport der Produkte hat also eine vergleichsweise geringe Bedeutung.

Oft verbraucht der Weg zum Einkauf in den Supermarkt mehr Energie als der Transport eines Produktes. Daraus resultiert für ihn, dass dem Handel für Transformationsprozesse eine gestiegene Bedeutung zukommt. Zum Thema »Nachhaltigkeit« von Produkten hat er eine erfrischend eindeutige Meinung: »Es kommt darauf an« (S. 132). Die ebenso umfangreiche Debatte um Herkunft entmystifiziert er. »Herkunft« ist für ihn kein räumliches Prinzip, sondern Herkunft ist für ihn ein umfassender Produktions- und Handelszusammenhang (S. 109).

Stierand zeigt viele konkrete Beispiele von kommunaler Ernährungspolitik, aus Deutschland, aus Großbritannien, Brasilien und Kanada. Diese seien erste modellhafte Ansätze für ein »Food Lab Stadt«, das von der Kommune selbst verfolgt werden könne, von den kommerziellen Akteuren_innen aus Produktion und Handel und selbstverständlich von der Zivilgesellschaft. Letztere können entweder bewusst konsumieren, oder, wie beispielsweise im urban gardening, selbst (wieder) produzieren.

Sein Buch bringt viele nützliche Zahlen, dokumentiert betriebswirtschaftliches Wissen und enthält an einzelnen Stellen Selbstironie. Es ist, und das will, da es aus einer 2008 abgegebenen Doktorarbeit entstanden ist, etwas heißen, an keiner Stelle langatmig: Es ist vielmehr ein gelungener, kluger Mix aus (internationaler) Forschung und den vielen Erfahrungen einer Praxis vor Ort.

Bernd Hüttner

Philipp Stierand: Speiserräume. Die Ernährungswende beginnt in der Stadt, oekom Verlag, München 2014, 224 Seiten, 19,95 EUR

Philipp Stierand bloggt unter: www.speiseraeume.org

konkurrieren.« Bildungszertifikate, Habitussicherheit oder Loyalitätsbekundung reichen nicht aus. Man muss ein »Extra« bieten. Die gesellschaftliche Mitte dagegen befällt eine Statuspanik, da in ihrem Milieu Spaltungstendenzen sichtbar werden. Die Angst der Mitte zeigt sich am deutlichsten bei ihrer Auseinandersetzung mit dem Thema Bildung. Den Geringverdienenden dagegen schreiben sich Druck und Angst in die Körper ein. Sie befinden sich oftmals am Rand der Erschöpfung.

Bude spricht von einem »brüchigen Ich«. Die meisten Menschen stünden durch die »Pflicht zur Selbstverwertung« unter »Optimierungsdruck«. »Der Optimierungswahn verdeckt nur die Existenznot«, so Bude. »Angst erschöpft (...) Man fühlt sich gehetzt, getrieben und angegriffen. Alles wirkt stumpf, matt und reizlos.« Bude spricht von einer Angst vor der Niemandsherrschaft, bei der alle mitmachen. »Es ist die Angst, dass niemand diesen Prozess beherrscht, weil alle daran beteiligt sind und alle sich jeweils etwas Eigenes davon versprechen.«

Angst führe laut Bude zur »Tyrannie der Mehrheit, weil alle mit den Wölfen heulen, sie ermöglicht das Spiel mit der schweigenden Masse, weil niemand seine Stimme erhebt (...)«

Wenn Heinz Bude von der Wende, vom »Korsett des Dürfens zur Mobilisierung des Könnens« spricht, und davon, dass die »negativen« Konzepte von Unterdrückung und Verbot durch die »positiven« von Öffnung und Entwicklung ersetzt werden, »so vergisst er den autoritären, unterdrückenden staatlichen Umgang mit der Amnutenbevölkerung. Diese Leerstelle findet ihre Bestätigung in anderen Publikationen Budes, in denen er sich abwertend über die nicht erwerbsarbeitende »Unterschicht« äußert.

Anne Seecik

Heinz Bude: Gesellschaft der Angst, preiswerte Ausgabe der Bundeszentrale für politische Bildung 2015, 167 Seiten, www.bpb.de

»Degrowth« oder Barbarei?



»Wir sitzen in einem führerlosen Rennwagen ohne Bremsen und Rückwärtsgang, der an den Grenzen unseres Planeten zerschellen wird.« Dieser Rennwagen meint eine »kapitalistische und techno-ökonomische Handels-Megamaschine, in der wir alle mehr oder weniger willig

als Rädchen funktionieren«. Deren einziger Zweck sei »Wachstum um des Wachstums willen«. Das müsse auf einer räumlich- und ressourcenmäßig begrenzten Erde im katastrophischen Kollaps enden, so die zentrale These des französischen Ökonomen Serge Latouche. Ursache aller Übel sei somit die »Diktatur des Wachstums«, die durch den »Terror des Zinseszins« herrsche.

Diese Megamaschine wachse durch den »Teufelskreislauf der Konsumgesellschaft«: Werbung erzeuge das Bedürfnis nach Konsum, der durch das Kreditsystem ermöglicht und durch Obsoleszenz, das heißt geplante Verringerung der Lebensdauer von Produkten, am Laufen gehalten werde. So maßlos diese Lebensweise sei, so maßlos der Mensch, der das Wachstum götzenhaft verehere: »Noch nie hat die Menschheit einen solchen Grad der Verkommenheit erreicht.«

Dem Übel des Wachstums stellt Latouche nun seine konkrete Utopie der Wachstumsrücknahme (Degrowth) entgegen.

Wie aber kann eine auf Degrowth beruhende Gesellschaft wachsen, wenn Latouche am menschenzentrierten Denken festhalten will (wenn auch erweitert zu einem »ökologischen Anthropozentrismus«), das globale Bevölkerungswachstum außen vor lässt, den gewaltsamen Umsturz ablehnt - mit einem Wahlprogramm, aber ohne Degrowth-Partei? Und warum sollten wachstumswahnsinnige Menschen Degrowth wollen?

Latouche setzt auf die Faszinationskraft seiner konkreten ökosozialistischen Utopie, die uns eine »ungeahnte Steigerung an Lebensqualität« mit weniger Arbeit und weniger Konsum verheißt: Autonomie, Langsamkeit, Muße, Lebensgenuss – erreichbar in sieben strategischen Re-Schritten, deren wichtigste die Reevaluation, die Rückeroberung alter entwerteter Werte, die Reduktion des Gesamtkonsums und die umfassende Relokalisierung sind. Sein Vorbild sind die Selbstversorgungs-, Selbstorganisations- und Improvisationsfähigkeit der Randständigen des »Anderen Afrika«.

Zwei Hauptfragen bleiben vage oder unbeantwortet:

Wie kann hier und jetzt eine Degrowth-Ökonomie funktionieren, die ohne größere Rationierung 75 Prozent weniger Ressourcen verbraucht, die mehr ist als ein Zurück zu einer vormodernen Selbstversorgungswirtschaft, und die – um einen »vertretbaren ökologischen Fußabdruck« zu erreichen – alle bislang externalisierten Kosten der Produktion und Konsumtion in die Preisgestaltung einbezieht? Wer soll die explodierenden Preise bezahlen?

Besteht nicht die Möglichkeit, die gigantischen Mengen potenziell nutzbarer, aber noch nicht genutzter

Sonnenenergie in einen ausgewogen wachsenden globalen »Energiehaushalt« zu integrieren?

Statt den »Teufel« Wachstum mit dem Beelzebub »Wachstumsrücknahme« auszutreiben, könnte die konkrete Utopie eines »anderen, qualitativen Wachstums« verfolgt werden, das gemäß dem erreichten technischen Niveau Energie- und Ressourcen-Input und -Output ausbalanciert, das Bevölkerungswachstum als Problem einbezieht und vor allem die Interessen des Menschen aus dem Mittelpunkt rückt. Das wäre dann ein Wachstum bei null Artensterben und ohne Armut!

Wolfgang Ratzel

Serge Latouche: »Es reicht! Abrechnung mit dem Wachstums-wahn«. Aus dem Französischen übersetzt von Barbara Reitz und Thomas Wollermann – mit einem Vorwort von Niko Paech, oekom Verlag, München 2015 (Originalausgabe: »Petit traité de la décroissance sereine« Paris 2007 – In der Übersetzung des Buchtitels geht verloren, dass diese Wachstumsrücknahme »sereine = heiter« von statton gehen soll.)

Serge Latouche ist einer der fast 50 Initiatoren_innen des »Konvivialistischen Manifests« – es kann heruntergeladen werden unter: http://www.transcript-verlag.de/content/oa/152898_oa_content.pdf

Wolfgang Ratzel ist verantwortlich für das Autonome Seminar an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Mit der Care Revolution zum guten Leben



Die Aktionskonferenz Care Revolution im März 2014 in Berlin stellte eine Art Wendepunkt in der Care-Diskussion dar: Die Argumentation bewegte sich aus der häufig anzutreffenden Defensiv- und Opferposition hin zu einem selbstbewussten Verständnis von Care als Grundlage für jede Form des Wirtschaftens und

Ausgangspunkt für eine neue Gesellschaftsordnung. Diese Entwicklung zeichnet auch das Buch von Gabriele Winker nach.

Es beginnt mit einer Beschreibung der schwierigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Care-Tätigkeiten innerhalb einer neoliberalen Familien- und Sozialpolitik und den verschiedenen Strategien, mit denen Betroffene darauf reagieren. Charakteristisch für das Buch ist, dass dabei immer bezahlte und unbezahlte Arbeit berücksichtigt werden, die Situation der Care-GeberInnen und Care-NehmerInnen gleichermaßen in den Blick kommt und die Selbstsorge nicht vergessen wird.

Nach einer umfassenden und kompetenten Analyse der ambivalenten Bedeutung von Sorgearbeit im Kapitalismus wird klar, dass individuelle Lösungsstrategien nicht zielführend sind, weil die Care-Krise immanent Bestandteil des Prozesses der Kapitalverwertung ist. Der Kapitalismus war noch nie in der Lage, die Bedürfnisse auch nur des Großteils der Menschheit zu befriedigen. Heute ist diese Entwicklung so weit vorangeschritten, dass die Reproduktion der Arbeitskraft selbst leidet, Winker spricht von einer »Krise der sozialen Reproduktion«. Daher ist eine Systemveränderung notwendig, eben eine Revolution – die jedoch, nach Ansicht der Autorin, nicht aus der Perspektive der Lohnarbeit erfolgen kann, sondern nur aus einer Care-Perspektive. Diese Erkenntnis war letztlich der Anstoß zur Gründung des Care Revolution Netzwerks, in dem sich eine große Vielfalt an Organisationen zusammengeschlossen hat, von denen einige auch in dem Buch beschrieben werden. Obwohl die Bedürfnisse und Probleme dieser Gruppen sehr unterschiedlich sind, einigt sie die Erkenntnis, dass die Ursachen ihrer Probleme gesellschaftlicher Natur sind und innerhalb der Verwertungslogik eine für alle Beteiligten befriedigende Organisation von Care-Tätigkeiten nicht möglich ist. Im letzten Kapitel schließlich beschreibt Winker Care-Revolution als Transformationsstrategie, »die konsequent von menschlichen Bedürfnissen ausgeht und insbesondere die gegenwärtig meist unsichtbare Sorgearbeit ins Zentrum einer gesellschaftlichen Alternative stellt«. Sie beschreibt Schritte und Elemente für den Übergang in eine solidarische Gesellschaft, bei dem Forderungen nach Verbesserungen im System möglich und notwendig sind, perspektivisch jedoch immer darüber hinausreichen müssen. Damit reiht sich die Care-Diskussion in die Vielzahl jener Diskursstränge ein, die derzeit nach Auswegen aus dem Kapitalismus suchen und bietet wichtige Anknüpfungspunkte für Querverbindungen und zum gemeinsamen Weiterdenken.

Brigitte Kratzwald

Gabriele Winker: Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft. Transcript Verlag, Bielefeld 2015, 208 Seiten, 11,99 EUR

VIER JAHRE VERNETZUNG: DIE INTERKOMM-REGION KASSEL

Gleiche Probleme, neue Wege - Interkomm

Die vier Kommunen im Raum Kassel versuchen, voneinander zu lernen und gemeinsam Lösungen für ihr Gemeinschaftsleben zu finden. Ein wichtiger Bereich ist dabei die Arbeit in Kollektiven.



VON JONA KÖNIGES, KOMMUNE NIEDERKAUFUNGEN
 ● Es ist schon ein besonderer Schritt, wenn sich die Mitglieder der vier Kommunen aus der Region Kassel zusammensetzen und sich Alltagsgeschichten und -probleme erzählen. Es ist schön, sich in seiner Unterschiedlichkeit wahrnehmen zu können und dennoch die gemeinsamen Ziele zu erkennen, die wir verfolgen. Die Vielfalt

wächst mit den verschiedenen politischen und kulturellen Aktivitäten in den einzelnen Gruppen. Die Verbundenheit wird gestärkt durch die Erkenntnis, dass andere Gruppen die gleichen Probleme haben und einfach mal neue Wege gehen, die sinnvoll und hilfreich sind. Aus diesen Interkomm-Treffen entstanden viele neue interkommunitäre Ideen und Initiativen, die teilweise wieder einschließen und teilweise bis heute eine wichtige Rolle spielen.

In den letzten drei Jahren gab es verschiedene Ansätze in Kollektiven interkommunitär zusammen zu arbeiten. Mit viel Elan entstand zum Beispiel ein Baukollektiv mit Mitgliedern der Kommunen aus Ober- und Niederkaufungen. Verschiedene Modelle mit Anstellungsverhältnissen und Stundentausch wurden entwickelt und ausprobiert. Am Ende entsprach das Konstrukt jedoch nicht den Bedürfnissen der Kollektivist*innen und der beteiligten Gruppen. Das Kollektiv löste sich wieder auf. In der Kita, der Tagespflege, der Obstmanufaktur und den beiden Gärtnereien der Solidarischen Landwirtschaft hat die interkommunitäre Zusammenarbeit dagegen sehr gut funktioniert und wird stetig weiter ausgebaut. Ein neues Mostkollektiv ist für die Mostsaison 2015 in den Räumlichkeiten des Lossehofes geplant.

Ich selbst arbeite in der Tagespflege, einer Einrichtung, in der dementiell erkrankte Menschen tagsüber betreut werden. Nie hätte ich bei der Gründung 2006 gedacht, dass wir nicht ausreichend Pflegekräfte für diesen Bereich begeistern könnten. Heute – neun Jahre später – sind noch drei Menschen aus dem Gründungskollektiv dabei und ich habe dazugelernt: Die KNK schafft es nicht aus eigener Kraft, ausreichend Kollektivist*innen für diesen Arbeitsbereich zu interessieren. Vier Jahre nach der Eröffnung der Tagespflege begann die Diskussion, wie wir Menschen von außerhalb der Kommune in das Tagespflegekollektiv einbinden können. Ohne die Vernetzung mit den anderen Kommunen gäbe es heute keine Tagespflege mehr. Aktuell arbeiten drei Kollektivist*innen aus drei ande-

ren Gruppen in diesem Arbeitsbereich.

Im Gemüseanbau gab es in der Kommune Niederkaufungen zwischen 2008 und 2009 kein funktionierendes Kollektiv. Damals waren wir froh, dass sich in Escherode ein Kollektiv gründete, welches noch keine anerkannten Bioflächen hatte, aber schon mit dem Anbau und der Vermarktung loslegen wollte. Die »WurzelwerkerInnen« übernahmen die Kaufunger Äcker und bestellten sie mit Gemüse. Zudem taten sie dies weniger mit Traktoren, sondern mehr mit Arbeitspferden, was allein für sich schon ein Highlight für die Niederkaufunger*innen war. Als dann in Niederkaufungen wieder ein Gartenbaukollektiv entstand, hatten die »Wurzelwerker*innen« ihre eigenen Flächen auch als Bioflächen anerkannt bekommen und gaben die Kaufunger Äcker wieder zurück. Eine tolle Vernetzungsaktion zwischen zwei Kollektiven aus zwei unterschiedlichen Gruppen.

Das war der Beginn einer guten Zusammenarbeit zwischen den Kollektiven, die später in das Konzept der »Solidarischen Landwirtschaft« mündete. In diesem Bereich sind die Gärtner*innen neue Wege gegangen, die uns Mut gemacht haben, dass es auch in anderen Bereichen immer mehr Zusammenarbeit geben kann. Heute lebt eine Gärtnerin in der Kommune Niederkaufungen und arbeitet im Wurzelwerk-Kollektiv mit. Ohne diese gute Erfahrung hätten wir uns meiner Meinung nach auch nie an das Thema »gemeinsamer Landkauf« getraut.

Im letzten Jahr haben die vier Kommunen gemeinsam fünf Hektar Land gekauft, welches gemeinsam bewirtschaftet wird. Die Flächen werden dem Markt entzogen und von der »Solidarischen Landwirtschaft« genutzt. Das wird der Beginn eines wirklich gemeinsamen Landbesitzes, einer Art »Allmende Region Kassel« sein. Gleichzeitig ist es ein großer Schritt in der regionalen Vernetzung: eine gute Gelegenheit, das erste Mal

Info

Was ist die Interkomm-Region Kassel?

In der Region Kassel gibt es vier Kommunen: die Kommune Niederkaufungen (seit 1986), die Villa Locomuna in Kassel (seit 2000), die GASTWERKE in Escherode (seit 2007) und die Kommune Lossehof in Oberkaufungen (seit 2011). Seit 2011 nahmen die Vernetzungsaktivitäten zwischen den Gemeinschaften stetig zu. Es entstand ein Vernetzungstreffen, welches sich (nach dem Vorbild aus dem Wendland) Interkomm-Treffen nennt. Dort setzen sich Interessierte aus den vier Gruppen zusammen, um zu überlegen, wie eine intensivere Zusammenarbeit aussehen könnte. Seit 2012 erscheint monatlich die »Interkomm-Zeitschrift«, die das vorhandene Wissen über die Aktivitäten der Gruppen und die links-politischen Veranstaltungen in der Region bündelt.

- www.gastwerke.de
- www.villa-locomuna.de
- www.kommune-niederkaufungen.de
- www.lossehof.de

zu spüren, wie sich gemeinsamer Besitz und geteilte Verantwortung anfühlen. Mit dem gemeinsamen Landkauf kommen wir der Praxis einer vernetzten und gruppenübergreifenden Ökonomie viel näher, als wir uns das bisher vorstellen können.

Ich für meinen Teil wünsche mir, dass die Vernetzungsidee hier in der Region Kassel schon bald dazu führen wird, dass die Menschen zahlreicher werden, die in kommunitären Zusammenhängen leben, dass Menschen bei uns vorbeikommen und bleiben oder »lernen«, wie sie die Idee verbreitern können. ●

SOLIDARISCHE LANDWIRTSCHAFT DER KOMMUNEN IN DER REGION KASSEL

Die Ernährung wieder in die eigenen Hände nehmen

Im Interkomm-Netzwerk spielt die Landwirtschaft eine wichtige Rolle: Zwei Gärtnereien versorgen die Kommunard*innen mit frischem Gemüse und treiben dabei die gemeinsame Ökonomie voran.

VON CHRISTINE RÜTHER, KOMMUNE NIEDERKAUFUNGEN ● Wie viele andere Gemeinschaften haben auch die Kommunen des Interkomm-Netzwerkes das Ziel, ihre Grundbedürfnisse zum Teil selbst befriedigen zu können. Damit möchten sie der Entwicklung von sinnentleerter Arbeit in der Dienstleistungsgesellschaft und Entfremdung entgegensteuern. Die Kommune Niederkaufungen und die Gastwerke haben eigene landwirtschaftliche Betriebe aufgebaut, die sich dem organisch-biologischen Landbau verschrieben haben und sich darüber hinaus landwirtschaftspolitisch engagieren. So wurden unter Mitwirkung der Kommunebetriebe das bundesweite Netzwerk Solidarische Landwirtschaft und eine gentechnikfreie Region gegründet.

Über das Konzept der Solidarischen Landwirtschaft (siehe Info-Kasten) als verbindendes Element konnten die anderen Gemeinschaften aus der Region mit aufs Feld der gemeinsam organisierten Ernährung geholt werden. Alle Kommunard*innen sind Mitglied in der seit 2010 bestehenden Solawi Kassel und werden ganzjährig mit Gemüse versorgt. Darüber hinaus sind auch externe Verbraucher*innen aus Kassel und den umliegenden Gemeinden dabei. Die Gärtnereien haben bewusst dieses Modell gewählt, weil es sowohl den Landwirt*innen und als auch den Verbraucher*innen ihre Handlungsfähigkeit zurückgibt anstatt die herkömmlichen Marktgesetze zu unterstützen.

Neben dem Gemüseanbau beteiligen sich einige Menschen aus dem Interkomm-Netzwerk im Herbst am gemeinsamen Mosten und bekommen dafür freien Apfelsaft auf Vertrauensbasis. Alle übrigen landwirtschaftlichen Produkte wie Milch und Käse, Fleisch, Wurst und Obst tauschen die Kommunen bisher auf gewohnten, kapitalistischen Wegen.

Um das zu ändern, ist im Netzwerk die Vision entstanden, die Solawi Kassel zu vergrößern und sämtliche im



▲ Ein weiterer Schritt in Richtung gemeinsamer Ökonomie: Die Interkomm-Kommunard*innen feierten im letzten Jahr ihren gemeinsamen Landkauf. Foto: Jona Königiges

Kommunerahmen erzeugten Lebensmittel unter den Gemeinschaftsmitgliedern und anderen beteiligten Prosument*innen zu verteilen. Eine andere Möglichkeit wäre auch die Erweiterung des Angebotes durch regionale landwirtschaftliche Betriebe. So könnten die Kommunen die Regionalentwicklung in größerem Massstab und in ihrem Sinne vorantreiben. Welche Rechtsform dafür geeignet ist, steht noch zur Diskussion.

Viel Aufwand hat die Idee der gemeinsamen Lebensmittelversorgung durch den gemeinsamen Landkauf bekommen. Für eine Gemeinschaft wäre das nur schwer zu bewerkstelligen gewesen, im Verbund konnten die vier Kommunen den Kaufpreis jedoch stemmen.

Der Landkauf ist ein erster Ansatz für eine gemeinsame Vermögensökonomie im Netzwerk.

Mittlerweile hat eine gemeinschaftsübergreifende Arbeitsgruppe die Bewirtschaftung der Flächen übernommen. Sie plant unter anderem den Anbau von Brot- und Futtergetreide, Feldgemüse und Obst. Die Bewirtschaftung der Flächen im Agroforstsystem soll pfluglos erfolgen. Sowohl das Agroforestry-System, in dem Getreide und Bäume streifenweise angebaut werden, als auch die Anpflanzung alter, bewährter Obstsorten soll einer breiteren Öffentlichkeit präsentiert werden und hoffentlich zur Nachahmung einladen. Grundlegend für einen solchen Schritt in Rich-

tung Kooperation sind die positive Erfahrungen, die die beiden Gärtnereien des Netzwerkes in den letzten sechs Jahren bereits miteinander gemacht haben. Sie unterstützen sich gegenseitig bei Ernteinsätzen und nutzen Produktionsmittel wie Gewächshäuser, Anbaugeräte und Sämaschinen schon lange ohne detaillierte Abrechnung gemeinsam. Auch wenn manche Kommunard*in der Interkomm-Vernetzung noch abwartend gegenüberstehen, wird sie auf dem landwirtschaftlichen Sektor schon praktisch umgesetzt und wegweisend vorangetrieben. ●

Weitere Informationen:

- www.solawi-kassel.de

Info

Was ist »Solidarische Landwirtschaft«?

Unter dem Namen »community supported agriculture« (CSA) wird das Konzept in den USA und Japan schon länger umgesetzt. 2011 hat sich in Deutschland das Netzwerk Solidarische Landwirtschaft gegründet, seitdem verbreitet sich die Idee auch hierzulande rasant: Inzwischen gibt es knapp 80 Solawi-Höfe und etwa 90 Initiativen im Gründungsprozess. Das Konzept eignet sich als Alternative zum gängigen »Wachse oder Weiche«-Paradigma vor allem für kleine und mittlere, bäuerliche Betriebe. Erzeuger*innen und Verbraucher*innen schließen sich direkt zusammen. Im Mittelpunkt steht nicht der Austausch von Geld und Waren, sondern die Finanzierung des ganzen landwirtschaftlichen Betriebs. Die Landwirt*innen werden unabhängig von Marktpreisen, Wetter und anderen Risiken. Im Gegenzug erhalten die Mitglieder alle Produkte, die hergestellt werden und können bei der Produktion inhaltlich mitbestimmen und sich tatkräftig beteiligen.

- www.solidarische-landwirtschaft.org

There is no alternative - Bildet Banden!

Rund 20 Kommunard*innen aus dem Interkomm-Netzwerk haben sich an den Blockupy-Protesten am 18. März 2015 in Frankfurt am Main beteiligt. In einem eigenen Flugblatt stellten sie einen Zusammenhang her zwischen traditionellen Politikformen der Straße und der Notwendigkeit politische Überzeugungen auch im Alltag zu leben: Die Krisenanfälligkeit des Systems ist alternativlos! Denn Kapitalismus ist eine dauerhafte Krise!

Das Bilden emanzipatorischer Netzwerke ist Grundlage alternativer Organisierung. Es geht um mehr als einen vornehmlich mentalen Ausstieg aus dem System, es geht um mehr als das Wissen, dass der Kapitalismus überwunden werden muss. Wir alle wissen, dass es so nicht weitergehen kann. Doch alleine kannst du nicht aus dem System aussteigen. Dafür benötigst du tragfähige solidarische Strukturen. (Er-)lebbare Beispiele gegen Prekariat, isolierten Besitz, Zwangsräumungen und jeder anderen Form von Entsolidarisierung werden dringend benötigt. Einzeln bist du Teil des Systems, im Netzwerk Teil der Alternativen!

Eines dieser Netzwerke möchten wir dir vorstellen: Das Interkomm-Netzwerk Nordhessen. Es besteht aktuell aus vier Kommunen im Raum Kassel, in denen etwa 150 Menschen leben. Sie leben in unterschiedlich großen Gruppen mit vergleichbaren Strukturen: Das Geld wird geteilt, das Einkommen aller geht in eine gemeinsame Kasse. Entscheidungen werden im Konsens getroffen. Die Produktionsmittel gehören allen. Allen gemein ist ein linkes Politikverständnis und sie tragen bei zur Entwicklung einer solidarischen Kultur.

In den vergangenen Jahren wurde eine solidarische Landwirtschaft aufgebaut. Auf diese Weise treten wir auch mit Menschen in Verbindung, die selbst nicht

in Kommunen leben, die aber auch wissen, dass es so nicht weitergehen kann, dass wir gerechtere Produktionsbedingungen und ein wirklich nachhaltiges Verhältnis zur Natur benötigen. Zur Weiterentwicklung der solidarischen Landwirtschaft und um Land der Spekulation zu entziehen, haben die vier Kommunen in einem ersten Schritt fünf Hektar Land frei gekauft.

Wenn sich 150 Menschen in einer Region zusammenschließen (und es dürfen gerne noch mehr werden), dann entstehen daraus unter anderem eine Gärtnerei, eine Landwirtschaft mit Kühen und Hühnern, zwei Bioläden, eine Mosterei, ein Tagungshaus, eine Tagespflege für Menschen mit Demenz, ein Bildungskollektiv, eine Kindertagesstätte, eine Schlosserei und vieles mehr. Wir nutzen mehrere große Räume, Tagungsmöglichkeiten und viele Gästezimmer. Wir haben Platz und Wiesen und Blumen im Garten.

Es wurden und werden in verschiedenen Arbeitsbereichen Strukturen geschaffen, die nicht der Ausbeutungslogik folgen. Wir wollen keinen Arbeitszeitstress und keine Burn-Outs, wir wollen keine miesen Löhne und auch keine hierarchischen Strukturen. Wir wollen auch keine modernen Arbeitsteams mit dem Anstrich kollektiver Sympathie, die am Ende doch nur dazu dienen, Produkte schneller und besser auf den Markt zu bringen und den Konkurrenten auszusteichen. Wir schaffen Arbeitsbedingungen, die die Bedürfnisse der Menschen im Blick haben und ihren Fähigkeiten entsprechen.

Könnte so auch deine Vision aussehen?

Das Netzwerk entwickelt sich weiter und wird größer. Und zugleich öffnet es sich in die Gesellschaft. Die Möglichkeiten, die sich durch das Netzwerk bieten, stehen immer mehr Menschen offen. Es bilden sich weitere Netzwerke, kleine Nachbarschaften, sozial stabile Zusammenhänge. Die Netzwerke kooperieren miteinander und stellen



▲ Solidarität statt Spaltung: Bei den Blockupy-Protesten trat das Interkomm-Netzwerk mit eigenen Transparenten und Flyern auf.

Foto: Detlef Schader

ihre jeweiligen Fähigkeiten zur Verfügung. Diese Vision ist davon geprägt, dass die vielen Dinge, die im Überfluss vorhanden sind, nicht mehr privatisiert sind, sondern sich der Nutzung Vieler öffnen. Es wird weniger produziert und mehr benutzt. Die Arbeitswelt verändert sich und gestaltet sich herrschaftsfrei. Die Menschen beginnen mit zu entscheiden und fordern dieses Recht ein und geben es

nicht mehr her. Das Leben selbst wird angeregt, durch das Gespräch, das Miteinander und die Kultur. Die bestehenden lokalen Verhältnisse verbessern sich zu Gunsten aller.

Auf diesem Weg laden wir Dich ein, mitzumachen. Wir unterstützen aber auch gerne Gründungsprozesse an anderen Orten! ●

DAS INTERKOMMSEMINAR

Politische Konzepte mit Inhalt füllen

Zum zweiten Mal organisieren die vier Kommunen in der Region Kassel gemeinsam das Interkommune-Seminar. Eine Kommunardin berichtet von ihren Erfahrungen im letzten Jahr und erklärt, was die Teilnehmer*innen erwartet.

VON REGINE BEYSS, REDAKTION KASSEL ● Irgendwo in der Mitte Deutschlands, da liegt Kassel. Mit dem ICE war ich hier zwar schon vorbeigekommen, aber einen Grund auszusteigen, gab es nie. Das änderte sich, als ich auf das Interkommune-Seminar aufmerksam wurde. Vier Kommunen an einem Wochenende besuchen? Klingt doch vielversprechend – vor allem für einen Kommune-Neuling wie mich. Also, auf nach Nordhessen! Ausgestattet mit Zelt und Schlafsack lande ich bei den Gastwerken in Escherode und lerne gleich bei der Anreise: An einem Feiertag sind die öffentlichen Verkehrsmittel hier ziemlich rar. Zum Glück passen wir irgendwie auch zu sechst ins Gemeinschaftsauto. Nach und nach treffen die anderen Teilnehmer*innen ein – und wir werden eine bunt gemischte Gruppe aus einem Dutzend Erwachsener und einigen Kindern, die sich auf dem Zeltplatz der Gastwerke einrichten.

Politik im Alltag

Ich bin nicht sicher, mit welchen Erwartungen ich nach Kassel komme. Vor allem möchte ich mich einfach inspirieren lassen für eigene Projekte. Meine politische Arbeit soll sich nicht mehr nur in Gruppen, Aktionen und Demonstrationen ausdrücken. Auch im Alltag soll sich meine Vorstellung von Gesellschaft und Wirtschaft niederschlagen. Doch wie kann das konkret aussehen und auf Dauer funktionieren?

Die vier Kasseler Kommunen sind für meine Fragen ein guter Ausgangspunkt. Sie alle haben eine ähnliche politische Ausrichtung: Sie verstehen sich als linke Kommunen und sind als solche Teil des Kommunja-Netzwerkes. Im Mittelpunkt des Selbstverständnisses stehen die Gemeinsame Ökonomie sowie das Konsens-

verfahren für Entscheidungen. Die Gruppen wollen ein alternatives Gesellschaftskonzept umsetzen, weil sie davon überzeugt sind, dass ein solches in Anbetracht der ökonomischen, ökologischen und sozialen Probleme unbedingt nötig ist. Gleichzeitig wollen sie sich nicht zurückziehen aus der Welt, sondern wirksam werden im Kontakt mit anderen Menschen und ihrer unmittelbaren Umgebung.

Gemeinsame Projekte der Kommunen

Eine wichtige Rolle spielt dabei auch die Vernetzung untereinander. In den vergangenen Jahren haben die vier Kommunen zahlreiche gemeinsame Projekte auf den Weg gebracht – zum Beispiel die Solidarische Landwirtschaft oder die gemeinsame Zeitung. Das Seminar, das auch mich zum ersten Mal nach Kassel lockt, ist eine Premiere. Und zwar eine recht erfolgreiche, auch wenn nicht immer alles nach Plan läuft: Das geplante Picknick muss wegen des Wetters ausfallen. Der Themenblock »Kommunikation und Soziales« wird deutlich abgespeckt, weil wir nach einem langen Tag nicht mehr wirklich aufnahmefähig sind.

An neuen Eindrücken und Informationen mangelt es während der vier Tage nämlich nicht. Inhaltlich geht es vor allem um gemeinsame Ökonomie und das Konsensverfahren. Wir probieren in kleinen Workshops praktisch aus, wie es sich anfühlt, das eigene Geld abzugeben oder gemeinsam eine Entscheidung zu fällen, die für alle tragbar ist.

Ökologie und Nachhaltigkeit

Jeden Tag schauen wir uns eine andere der vier Kommunen aus der Nähe an, denn jedes der Projekte hat seine eigenen Besonderheiten und Schwerpunkte. Die Gastwerke sind eher ländlich geprägt. Die Bioland-Gärtnerei »Wurzelwerk« spielt eine wichtige Rolle. Das Thema Nachhaltigkeit wird aber auch in den anderen Lebens- und Arbeitsbereichen groß geschrieben: Welche und wie viele Ressourcen nutzen wir? Was können wir selbst herstellen? Was brauchen wir, was brauchen wir nicht?

Der Lossehof ist die jüngste der vier Kommunen. 2011 kaufte die Gruppe einen Hof am Ortsrand von Oberkaufungen. Seitdem wird dort fleißig gebaut und renoviert. Darüber hinaus sind die rund 16 Kommunard*innen in weiteren Arbeitsbereichen tätig, wie zum Beispiel dem Mitgliederladen oder dem Bildungskollektiv. In der Kommune Niederkaufungen leben und arbeiten knapp 60 Erwachsene sowie 21 Kinder und Jugendliche. Seit ihrer Gründung vor fast 30 Jahren sind zahlreiche Arbeitsbereiche entstanden, zum Beispiel die Gärtnerei »Rote Rübe«, ein Tagungshaus, die Tagespflege »Lossetal« und eine Kita.

Tätig sein in Kommunen

Nach einem Rundgang über den Lossehof und die Kommune Niederkaufungen nehmen wir den Arbeitsbegriff unter die Lupe: Was verstehen die Kommunard*innen unter Arbeit? Wie wird sie bewertet? Welchen Stellenwert haben Reproduktions- oder

politische Arbeit? Spannende Fragen, die in Niederkaufungen unter dem Begriff »Tätig sein« immer wieder diskutiert werden. Zwischen den Programmpunkten bleibt immer genug Zeit, um miteinander ins Gespräch zu kommen. Manchmal braucht es aber auch einfach eine Pause. Um unsere Verpflegung müssen wir uns dabei keine Sorgen machen, immer steht ein leckeres vegan-vegetarisches Essen bereit. Abends können wir es uns draußen am Lagerfeuer gemütlich machen und den Tag Revue passieren lassen: Wäre das Leben in einer Kommune auch etwas für mich?

Unterschiedliche Einstiegsprozesse

Wer gleich konkreter werden möchte, bekommt am letzten Tag die nötigen Infos: Wir sitzen im Saal der Villa Locomuna, der einzigen Stadtkommune der Interkomm. Hier wohnen momentan 15 Erwachsene zusammen. Wir erfahren, wie der Einstiegsprozess in den einzelnen Kommunen abläuft und welche Möglichkeiten zum näheren Kennenlernen es gibt.

Bei der Abreise haben wir einiges an Denkstoff im Gepäck.

Ich für meinen Teil kenne mich inzwischen etwas besser aus beim Thema Kommunen, nicht zuletzt dank des Seminars. Nach einer zweiwöchigen Schnupperzeit und einem dreimonatigen Probewohnen bin ich Anfang des Jahres in die Villa Locomuna eingezogen. Wollte ich mir anfangs nur ein paar Ideen anschauen, haben mich die Eindrücke aus dem Seminar nicht mehr losgelassen.

Natürlich sind nicht alle Teilnehmer*innen danach in eine der Kommunen eingezogen. Aber daran sollte der Erfolg eines solchen Angebots auch nicht gemessen werden, schließlich geht es nicht bloß um Werbung. Vielmehr können solche Angebote die Konzepte der politischen Kommunen verbreiten, erklären und mit Inhalt füllen – für alle, die einfach Lust auf das Thema oder schon konkrete Pläne haben. Ein guter Grund für einen Abstecher in die Mitte Deutschlands. ●

Info

Das nächste Interkommune-Seminar findet vom 24. bis 27. September in der Villa Locomuna in Kassel statt. Die Preise sind nach Einkommen gestaffelt: 110 / 150 / 190 Euro. Enthalten ist eine vegetarische / vegane Vollverpflegung sowie die Unterbringung im großen Schlafsaal. Anmeldungen nimmt Jens Gantzel entgegen.

Anmeldung:
locomuna@wuenschenwollentun.de

Infos unter:
www.kommuna.de

Altersvorsorge jenseits von Wachstumszwängen

Kirsten Dohmirth studiert VWL und Ethnologie an der Georg-August-Universität in Göttingen. Im Rahmen eines Forschungsprojekts beschäftigt sie sich mit der Frage, inwiefern Kommunen eine Alterssicherung darstellen. Sie besuchte dafür unter anderem die Kommune Niederkaufungen und die Villa Locomuna. Für CONTRASTE führte das Gespräch Regine Beyß, Redaktion Kassel

Kirsten, was hat dich veranlasst, Kommunen als eine Form der Alterssicherung zu untersuchen?

Der Ausgangspunkt war meine Beschäftigung mit der Frage, wie wir eine Transformation hin zu einer Gesellschaft gestalten können, die für ihre Stabilität kein Wachstum braucht. In vielen Bereichen habe ich da schon Wege gesehen, aber beim Thema soziale Sicherung oder Alterssicherung nicht. Diesem Bereich kommt einerseits eine existenzielle Bedeutung für die Versorgung der Menschen und den Zusammenhalt der Gesellschaft zu, andererseits ist das soziale Sicherungssystem in unserer Gesellschaft auf Wirtschaftswachstum angewiesen.

Da bin ich auf die Idee gekommen, dass Kommunen mir Hinweise darauf geben können. Sie suchen bereits neue Wege, mit Hilfe einer Gemeinschaft ökologisch und sozial nachhaltige Lebensweisen zu schaffen. Die Alterssicherung war deswegen so interessant, weil die Rentenleistungen des staatlichen Sicherungssystem stark vom vorherigen Lohnneinkommen abhängig sind, während in Kommunen aufgrund einer anderen Herangehensweise an Lohnarbeit die Einkommen deutlich unter dem gesellschaftlichen Durchschnitt liegen.

Du hast unter anderem zwei Kommunen in der Region Kassel besucht. Wie hast du den Umgang mit dem Thema Rente dort erlebt?

Ich habe es so erlebt, dass es einige Kommunard*innen gibt, die sich sehr ernsthaft mit dieser Frage beschäftigen und einige ein sehr fundiertes Wissen von Sicherungssystemen haben. Ich fand es beeindruckend, wie mutig, ernsthaft und fundiert eine radikal anders gestaltete Alterssicherung diskutiert und aufgebaut wird, die sich teilweise an ganz anderen Prinzipien orientiert als die herkömmliche Sicherung.

Spielt die Alterssicherung eine Rolle bei der Entscheidung, in einer Kommune zu leben?

Für einige Kommunard*innen spielt das eine Rolle. Eine Kommunardin sagte beispielsweise, dass sie jetzt Menschen pflegt, in der Hoffnung später auch selbst »gut behandelt zu werden«. Ich denke, hier spielt vor allem die Verbindlichkeit und die langfristige Ausrichtung der Kommune eine Rolle. Ich glaube, je älter man ist, wenn man in eine Kommune zieht, umso eher spielt die Frage nach der Alterssicherung eine Rolle. Aber viele Kommunard*innen ziehen aus Überzeugung in eine Kommune, die Frage nach der Sicherung ist für sie eher zweitrangig.

Auf der einen Seite steht ja die rein finanzielle Absicherung. Können die Kommunen das für ihre



▲ Wie können wir gemeinsam alt werden? Das Thema »soziale Sicherung« spielt in den Kommunen eine immer wichtigere Rolle.

Fotos: Regine Beyß

Bewohner*innen gewährleisten und wenn ja, wie?

Die Kommune Niederkaufungen hat ein gemeinsames und relativ »institutionalisiertes« Rentensystem, das die finanzielle Absicherung gewährleistet. Die erwarteten Rentengelder bestehen zum Teil aus den staatlichen Rentenansprüchen, die die Kommunard*innen innerhalb ihrer Kollektive oder außerhalb der Kommune erwerben. Zusätzlich legt die Kommune Gelder an. Ein Teil des Geldes ist in einem ökologisch und sozial ausgerichteten Fond angelegt, ein anderer Teil bei befreundeten Projekten oder anderen Kommunen und teilweise in der Kommune selbst. Es muss stetig ein Kompromiss zwischen der strikten Verfolgung ökologischer und sozialer Werte und der Erzielung einer möglichst hohen Rente gefunden werden. So wird beispielsweise diskutiert, von wem wie viele Zinsen verlangt werden, wie viele Zinsen die Kommune selbst beiträgt oder ob es Alternativen zu Zinsen gibt. Mit den angelegten Geldern können die Betriebsrenten voraussichtlich soweit aufgestockt werden, dass der Betrag von rund 900 Euro, die momentan jeder Person durchschnittlich im Monat zur Verfügung stehen, aufrechterhalten wird. Solange die Kommunard*innen in der Kommune bleiben, werden alle Renteneinkommen in der gemeinsamen Ökonomie geteilt. Für den Fall eines Austritts wurde das System so konstruiert, dass jede*r unabhängig vom vorherigen Lohnneinkommen zumindest die Kommuneezielrente »mitnimmt«.

Hattest du den Eindruck, dass das Thema in den Kommunen zu Konflikten führt?

Ich kann das nur für Kommune Niederkaufungen sagen. Ich glaube, das Rentensystem wird weniger kontrovers diskutiert, aber die Frage, wie man mit dem demographischen Wandel in der Kommune umgeht, führt zu Konflikten. Das bezieht sich zum Beispiel auf die Fragen, ob die Kommune wachsen soll oder ob in der Vernetzung mit anderen Kommunen eine Chance für die Stabilität der Kommune in der Zukunft liegt. Auch sind die Vorstellungen davon, wie hoch die Belastung in Bezug auf Hilfsbedürftigkeit und Pflege in 15 Jahren sein wird, sehr unterschiedlich.

Kommune hat ja nicht nur etwas mit finanzieller Alterssicherung zu tun. Welche anderen Aspekte sind dir begegnet?

Tatsächlich ist nicht die finanzielle Absicherung, sondern die Kommune selbst der zentrale Bezugspunkt der Alterssicherung. Meines Erachtens gibt es vier zentrale Aspekte:

1. Gemeinsame Ökonomie

Durch die gemeinsame Ökonomie haben alle Kommunard*innen Zugriff auf vielfältige Gebrauchsgüter,

eigene Gebäude und Infrastruktur. Das konsequente Teilen führt zu einer hohen und gleichberechtigten materiellen Versorgung aller Mitglieder. Durch den großen Pool an Gütern und Infrastruktur sinkt auch der Geldbedarf für die Versorgung mit immateriellen Gütern. Das gemeinsame Besitzen ermöglicht und erfordert die Aneignung und Gestaltung der Dinge nach eigenen Wünschen und Vorstellungen. Gleichzeitig erzeugt das Teilen von Eigentum und Vermögen auch emotionale Sicherheit und wirkt Ängsten vor Fremdbestimmung und Entwurzelung entgegen.

2. Kollektives Arbeiten

Die Arbeit der Kommunard*innen trägt weitreichend und unmittelbar zur materiellen Absicherung bei. Die Art und Weise, wie Arbeit gestaltet und organisiert wird, gibt auch emotionale Sicherheit, weil sie die Möglichkeit bietet, sich auch bei nachlassenden Fähigkeiten und Kräften einzubringen und Handlungs- und Gestaltungsfreiräume erhält. Die Prinzipien der Herrschaftsfreiheit und Bedarfsorientierung zielen auf die Sicherung und Entlastung strukturell benachteiligter und leistungsschwacher Personen. Damit geht die emotionale Sicherheit einher, dann aufzufangen zu werden, wenn man nicht leistungsfähig ist.

3. Verlässliche Beziehungen

Dass man in der Kommune auf verbindliche Weise in Beziehung tritt, fördert das Vertrauen in Kontinuität und Beständigkeit und schafft ein Gefühl der Zugehörigkeit und des Geborgenseins. Die spezifische Beziehungsqualität in Kommunen macht Unterstützung durch andere Menschen im Falle von Hilfsbedürftigkeit selbstverständlich. Die Unterstützungsleistungen können sowohl auf die Absicherung materieller als auch anderer Bedürfnisse zielen. Die Besonderheit ist, dass sie nicht vertraglich, sondern durch menschliche Beziehungen organisiert werden.

4. Gemeinsame Wertorientierung

Die übergeordnete Werteorientierung erzeugt psychische Sicherheit dahingehend, dass die eigenen Werte auch im Alter Orientierung und Bedeutung geben. Dass Kommunard*innen schon im Leben einen Umgang mit Begrenzungen lernen, trägt elementar zu einem Sicherheitsgefühl bei. Zu wissen, dass Konsum und Besitz nicht den eigenen Selbstwert und die eigene Identität definiert, verleiht die psychische Sicherheit auch mit Verlusten gut auskommen zu können.

In wie fern gehen die Kommunard*innen anders mit dem Thema um als Menschen, die nicht in Gemeinschaft leben?

Ich hatte den Eindruck, dass viele Kommunard*innen eher sorglos in Bezug auf das Alter sind. Ich glaube,

dies liegt unter anderem an der Orientierung an immateriellen Werten und dem Umgang mit Verzicht. Einen weiteren Grund sehe ich darin, dass die Kommune nicht nur eine materielle, sondern auch eine soziale Sicherung darstellt und gerade in Bezug auf Aspekte wie Gemeinschaft und Kontinuität Sicherheit stiftet, die in unserer Gesellschaft sonst nur wenig zur Geltung kommen.

Wie wird das Thema in den Kommunen in Zukunft behandelt. Wird es wichtiger? Gibt es Pläne? Sind die Kommunard*innen zufrieden mit der aktuellen Situation?

Ja, das Thema wird wichtiger und es gibt schon verschiedene Ideen, die diskutiert werden. Einige Ideen sind die Schaffung eines Pflegeunternehmens, die Gestaltung von WGs für ältere Leute oder der Aufbau einer »Altenresidenz«. Toll finde ich die Idee einer Spinnstube, also einem Raum außerhalb des Trubels in der Kommune, an dem ältere Menschen sich zusammenfinden können, um Dingen nachzugehen, die sie gerne tun und für die Kommune tun können. Ich glaube, die Kommunard*innen, die sich intensiver mit dem Thema beschäftigen, wünschen sich, dass das Thema in der gesamten Gruppe stärker als gemeinsame Aufgabe aufgefasst wird.

Kannst du schon ein erstes kurzes Fazit aus deinen Forschungen ziehen?

Ja. Die soziale Sicherung darf für einen Übergang zu einer Postwachstumsgesellschaft nicht mehr nur durch finanzielle Unterstützung organisiert werden, die über Verträge geregelt wird und juristisch einklagbar ist. Vielmehr geht es um die Frage, wie wir verlässliche Beziehungen und Gemeinschaften aufbauen können. Eine auf verlässliche Beziehungen fußende Sicherung wird mit Hilfe von moralischer Verpflichtung garantiert. Sie ermöglicht situativ und individuell angepasste Unterstützungsleistungen. Ich sehe darin eine Chance, Sicherung außerhalb kapitalistischer Zwänge zu organisieren.

Wirst du weiter an dem Thema arbeiten? Wie soll es weitergehen?

Ja, aber jetzt werde ich zunächst meine Bachelorarbeit abschließen, die sich mit dem Thema anhand des ethnologischen Konzepts des Gabentausches befasst. Wer weiß, vielleicht am Ende durch das Leben in einer Kommune. Auf jeden Fall bin ich weiterhin gespannt darauf, welche Wege die Kommunen beim Thema Alterssicherung einschlagen werden und wünsche ihnen viel Mut bei der Auseinandersetzung und Gestaltung!

Die gASTWERKe suchen neue KommunardInnen!

Info

Zur Zeit wohnen 21 Erwachsenen und 12 Kinder in vier Häusern und einem Wagenplatz auf einem großzügigen Gelände direkt am Kaufunger Wald, 15 Kilometer von Kassel entfernt. Zusammen sind wir dabei, unsere Utopie von einer besseren Gesellschaft zu leben: Gemeinsame Ökonomie, ein ökologischer nachhaltiger Lebensstil, kollektive Entscheidungsstrukturen und Konfliktbewältigung sind Grundlagen für unser Zusammenleben. Wir arbeiten unter anderem als Bio-Gemüseanbauer*innen, Baumpfleger, Tagesmutter, Softwareentwickler, in der KiZ-Werkstatt und in anderen Berufen außerhalb. Noch im Aufbau sind unser Seminarbetrieb und die interne Verwaltung, wo wir noch tatkräftige Mitwirkende suchen. Wir legen Wert auf Vernetzung in der Region und mit anderen alternativen Projekten: Interkomm-Netzwerk, Kommuja-Netzwerk, Global Ecovillage Network, Netzwerk Solidarische Landwirtschaft. Die Gemeinschaft gASTWERKe besteht seit 2007. Kennenlernen können wir uns über das monatliche Info-Café, regelmäßige Mitmachwochen und Kennenlernwochenenden.

Kontakt: www.gastwerke.de, kontakt@gastwerke.de,
Telefon: 05543/3024410 (Anrufbeantworter)

Kommune als eine mögliche Zukunftsvision

In ihrem neuen Buch »Transformationsdesign« beschäftigen sich Harald Welzer und Bernd Sommer mit den Wegen in eine zukunftsfähige Moderne. Die Kommune-Bewegung kann auf diesen Wegen eine besondere Rolle spielen und gesellschaftliche Veränderungen in Gang bringen.



▲ Steffen Andreae

Foto: privat

VON STEFFEN ANDREA, KOMMUNE LOSSEHOF (OBERKAUFUNGEN) ● Wir stehen am Bahnhof, das Ticket in der Hand. Der Beginn einer Reise. Vieles spricht dafür, dass es eine lange Reise werden wird. Diese Reise hätten wir schon lange planen können. Das haben wir aber nicht. Sie wird uns verändern.

Der Wandel geschieht nicht plötzlich, sondern wird viele Jahre in Anspruch nehmen. Der Wandel kommt nicht einfach über uns, sondern wir können ihn gestalten. Aber es gibt keinen Fahrplan. Wir sollten uns nicht darüber wundern, dass wir verunsichert am Bahnhof stehen und wir dürfen uns auch eingestehen, dass wir noch überhaupt nicht wissen, wie das geht, so ein Wandel.

Der Wandel hat etwas zu tun mit unserem individuellen Lebensstil, es geht auch um konkrete individuelle Handlungen. Doch die Idee, mit individualistischen Strategien gegen das anzugehen, was zu verändern ist, hat allerhöchstens betäubende Wirkung. Genauso wenig geht es beim Wandel um internationale Politik, obgleich es natürlich globale Zusammenhänge gibt. Ich hingegen spreche von einer Veränderung der eigenen Gesellschaft, des sozialen Nahraums, der Nachbarschaft.

Die stärksten Kräfte dieser Veränderungen sind das Gespräch, die Umarmung und der Tanz. Das Gespräch ist eine Kraft der Veränderung, weil wir die Menschen außerhalb unserer Kommunezusammenhänge erreichen müssen. Es wird darum gehen, in den Austausch zu kommen. Denn wenn irgendwann eine Reduktion der Möglichkeiten verordnet wird, dann entsteht daraus Wut. Damit Verzicht als Lebensqualität erkannt werden kann, muss ihm eine Erzählung vorausgehen.

Wiedererkennung von Wert

Die Umarmung ist eine Kraft der Veränderung, weil es um die Wiedererkennung von Wert geht. Dass ich die Brotkruste beim Bäcker, wenn ich sie überhaupt brauche (was nicht der Fall ist), zu Hause nicht in den Müll schmeiße, sondern für das Schulbrot unserer Kinder zusammenfalte, dann hat das mit dem Erkennen eines Wertes zu tun. Solche Beispiele finden sich zuhauf, aber als Stabilisator einer Transformationsbewegung funktionieren sie nur, wenn ich selbst das Gefühl habe, wertvoll zu sein. Dieses Gefühl fehlt in unserer Gesellschaft oft.

Der Tanz ist eine Kraft der Veränderung, weil es wichtig ist, dass wir feiern und dass wir gemeinsam feiern. Vielleicht schaffen wir den Einstieg in eine neue Realität auch ernst und verbissen. Aber wozu? Wird die Realität dann nicht genauso ernst und verbissen? Das Gespräch, die Umarmung und den Tanz benötigen wir für eine Anzahl an Veränderungen.

Verändern müssen wir

- unser Verständnis von Geld und die Rolle von Geld in dieser Gesellschaft,

- unseren Umgang mit der Natur und den Respekt ihr gegenüber,
- die Verhältnisse in der Arbeit und unser Verhältnis zur Arbeit,
- die darin liegenden Hierarchien und die Selbstbestimmungsräume der Arbeitenden,
- die Arbeitsprozesse,
- unsere persönliche Nähe, die Beziehungen zu unserem Gegenüber und das Gespräch miteinander,
- die Verteilung von Macht und Ressourcen mit dem Ziel, zu einer radikalen Gleichwertigkeit in den gesellschaftlichen Beziehungen zu gelangen,
- die institutionellen Arrangements, die so ausgestaltet werden sollten, dass Kollektiveigentum und gemeinsame, geteilte Interessen in den Mittelpunkt rücken,
- unser Verständnis von Zeit,
- unser Verständnis von Demokratie, Teilhabe und Verantwortung,
- das verinnerlichte Denken in uns allen, dass Wachstum schon die Lösung sei und es ohne Konkurrenz nicht ginge.

Alle Menschen erreichen

Wenn wir einen Raum, die ihn bedingenden Strukturen und die dahinterliegenden Verhältnisse der Menschen zueinander transformieren wollen, dann ist eine wichtige Frage, wie wir die Menschen mitnehmen. Bestenfalls begeistern wir sie, aber es muss uns sogar gelingen, diejenigen mitzunehmen, die wir nicht begeistern können. Und wir müssen auch diejenigen mitnehmen, die wir überhaupt nicht sehen, die nicht in Erscheinung treten.

Wen müssen wir erreichen? Am Ende: Alle. Erstmal: Uns selbst. Unsere Freunde, unsere Nachbarn. In dem Ort, in dem wir leben, müssen wir die Vereine und die Kirchen ansprechen, die Feuerwehr und die Kommunalpolitik. Für eine transformatorische Entwicklung brauchen wir Möglichkeitsräume, gestaltbare Orte, kommunikative Orte. Diese Räume müssen zu den Menschen passen, sie müssen Chancen anbieten und Wertschätzung liefern.

Aber wir sind nicht die einzigen, die Räume kreieren: Es ist zu befürchten, dass zu viele Menschen, dass wir selbst, durch noch größere Bildschirme, durch noch mehr Fußballübertragungen, durch neue Apps und neue Computer und durch billigere Kleidung und durch Zwänge, die eine konsumistische Gesellschaft permanent erzeugt, in einem Zustand der Apathie bleiben und aus diesem nicht die Kraft entwickeln können, die es braucht, um die Fundamente der kapitalistischen Gesellschaft zu zerstören.

Die Neugier wecken

Die Transformation ist die Darstellung eines Möglichkeitsraums, der sich realistisch darstellen lässt. Zugleich hat er einen utopischen Charakter, weil dieser Ort noch nicht existiert. Es geht um das Aufzeigen eines »So könnte es sein«, welches nicht abschreckt, sondern neugierig macht. Es geht um einen Raum, der gestaltbar ist, aktiv veränderbar und einnehmbar. Er sollte sich, im Gegensatz zur Realität, von Grund auf gestalten lassen, also von unten, von der Basis, der Wurzel her, also radikal. Wir benötigen Skizzen des Kommenden.

Ich habe viel Verständnis für den Aufbruch an sich. Doch die Empörung alleine reicht genauso wenig wie nur die Theorie. Das Bestehende reicht in seiner Falschheit aus, um einfach zu starten, zu bewegen, aufzustehen und zu gehen. Auch dann, wenn keine Bilder vorhanden sind. So wie es ist, geht es nicht. Das wird immer deutlicher. Es scheint fast so, als wäre jedes Verändern ein richtiger Schritt, Hauptsache Bewegung.

Doch ich bin mir sicher, dass es höchst hilfreich ist, dass wir ein Wohin haben, einen Ort, der uns trägt und zu dem wir uns tragen. Und ich vermute auch, dass wir Anschauungsräume benötigen, an denen wir wachsen, und Zeiten und Momente, in denen wir spüren können, dass es auch anders ginge.

Kommunitäre Räume

Diese Orte sind kommunitäre Räume. Kommunitär im Sinne von geteilt, im Austausch stehend, im Gespräch seiend. Kommunitär im Sinne von freien Individuen, die miteinander in Kontakt treten, freie Vereinbarungen treffen und sich dort – mit ihren je eigenen Interessen und zugleich im Sinne eines gemeinschaftlichen Zusammenhangs – verwirklichen. Sie sind kommunitär in einem sozialen Sinne, dort fühlen wir uns umarmt.

Angesichts der Vielzahl von Krisen haben wir den Überblick verloren und glauben nicht mehr an die Wirkung unserer eigenen Ideen. Die Frage scheint berechtigt: Wieso sich noch anstrengen? Und uns fehlen auch die Bilder, es gibt keine Kultur der Utopie. Neben Umweltschutz, Ernährung und Selbstermächtigung wäre das vierte Schulfach, welches fehlt, das Üben des Denkens, welches das Bekannte übersteigt. Wenn es wirklich gewollt wäre, dann würden wir das utopische Denken in der Schule trainieren, anstatt uns dieses Denken über verkürzte Schulzeiten wieder auszutreiben.

Wirksamkeit überprüfen

Transformation geschieht nicht, wenn wir uns zurückziehen in eine Selbstbeschäftigung und aus den Augen verlieren, dass wir die Menschen erreichen müssen. Hier der nächste Kongress, den wir besuchen müssen, und der nächste Text, den wir lesen müssen. Wir beschäftigen uns mit der Frage, wie sehr Strahlung uns belastet oder stecken unsere Kraft in vegane Ernährung. Das ist für sich genommen alles wichtig und richtig, dennoch sollte sich dieses Handeln stets mit der Frage auseinandersetzen, ob es wirksam bleibt und zwar über die eigene Polit-

Ausgehend von dem Ort, in dem ich wirke, kann ich mir folgende Entwicklung vorstellen: Aus zwei Kommunen werden fünf. Uns gelingt es, Menschen für die Region zu gewinnen, die Kommune gut finden und auch von diesen Orten profitieren. Trotzdem wollen sie vielleicht lieber in einer kleinen WG oder auch als Familie wohnen. Wir entscheiden uns, im Mehrgenerationenhaus eine ganze Etage zu kaufen, um auch für uns Alternativen für das Leben im Alter zu gewinnen. Wir übernehmen den Laden, der mitten im Ort neu entsteht, und schaffen eine Volkküche und ein Repaircafé.

Die Kommunen, die schon hier sind, stellen Leute frei für die Entwicklung weiterer Ideen. Auf den Platz vor dem Laden legen wir einen Holzboden und laden ein zum Tanz. Unser Ort ist so überschaubar, dass wir einen fahrbaren Laden entwickeln können und durch den Ort fahren können und mit einer Klingel unser Ankommen anzeigen und Menschen eben nicht nur Produkte einkaufen, sondern Ideen mitnehmen. Wir ergänzen den öffentlichen Nahverkehr mit einer Kutsche mit Pferden, die durch unseren Ort fährt. Wir holen die Langsamkeit sichtbar in unseren Ort zurück. Selbst den Geruch verändern wir.



▲ Vier Kommunen, ein Ziel: Transformation. Auch das Interkomm-Netzwerk soll diesen Prozess vorantreiben. Collage

Fotos: privat/ Collage Regine Beyls

gruppe, die eigene Kommune oder den Lesekreis hinaus.

Wesentliche Folge und Bedingung kapitalistischen Handelns ist, dass er zum Ausschluss Einzelner oder von Gruppen führt, durch Ausbeutung, durch Machtstrukturen, durch Arbeitsbedingungen. Die Grundstruktur dieses Handelns ist exkludierend und hat nicht zum Inhalt, alle mit ihren jeweiligen Fähigkeiten und Bedürfnissen ernst- und mitzunehmen. Daher bietet das Kleinräumige die Möglichkeit aktiv anders zu denken, weil am Ende jede*r jede*n kennt, und wir sehen, was Ausschluss erzeugt und wir könnten dann eben auch sehen, was Einschluss ermöglicht.

Kommune als Anschauungsort

Daher halte ich, auch wenn ich der Ansicht bin, dass wir das Modell Kommune nicht einfach übertragen können, die Kommunebewegung, also die Umsetzung einer anti-kapitalistischen Grundhaltung in der konkreten Alltagswelt, für sehr wichtig. Sie schafft Anschauungsorte für andere, es schafft Erlebniswelten für die Kommunitär*innen, die diesen Lebensstil, wo immer sie hingehen, mit sich nehmen und darstellen. Sie sind egalitäre Räume, herrschaftsfreie Beziehungen, kommunitäres Miteinander.

Kommunen sind anschlussfähig, aber wir müssen die Anschlüsse aktiv aufzeigen und Kommuneleben als ein sichtbares Extrem dieser Entscheidung für ein transformatorisches Leben verstehen. Das Kommuneleben liefert Impulse, aber wird sich in den kommenden Jahren nicht als eine gesamtgesellschaftlich funktionierende Lösung erweisen.

Und außerdem?

1. Theoriestopp. Logischerweise muss weitergedacht werden und vor allem weiterentwickelt. Aber das, was wir heute wissen, die Ideen, die wir heute haben, müssen wir umsetzen. Es wird uns keine Theorie einfallen, die alle Probleme löst. Lasst uns aufhören, den einen vorgeschlagenen Weg nicht zu gehen, nur weil wir denken, dass es nicht der beste der Welt ist.
2. Kommunalpolitik kapern. Alle Fraktionen suchen händeringend Menschen, die sich der Kommunalpolitik annehmen, noch nie war es so leicht wie jetzt, die Politik zu übernehmen. Kommunalpolitik erleichtert die direkte Verbindung hin zur politischen Entscheidungsebene und vor Ort konkrete Umsetzungen. Im Idealfall ein imperatives Mandat einführen.
3. Reduzierung der eigenen Arbeitszeit auf 20 Stunden und zugleich eine Entscheidung dafür, weitere 20 Stunden für Resilienzarbeit zu verwenden: Gemeinschaftsgärten anlegen, Kommunalpolitik.
4. Leerstand nutzen: Umsonstläden, Repairkaffee und Begegnungsorte schaffen.
5. Öffentlichen Mittagstisch anbieten, weil wir uns beim Essen näher kommen.
6. Werbung zerstören, weil Werbung uns zerstört.
7. Kulturveranstaltungen organisieren. Insbesondere Kulturveranstaltungen, die auch Mainstream und Mittelschicht bedienen. Öffentliche Tanz- und Singveranstaltungen.
8. Gemeinschaften gründen und sich vernetzen.

Acht von tausend Ideen. Für alle was dabei. Wir müssen nicht warten. Wir sollten auch nicht. ●

KLEINANZEIGEN

Geschichte(n) bewahren - ein Generationen verbindendes Projekt

Lebenserinnerungen als gebundenes Buch sind ein wunderbares Geschenk für Eltern oder Großeltern, Kinder oder Enkel.

www.werkstatt-fuer-memoiren.de
arianedettloff@ina-koeln.org
(02 21) 31 57 83

Gärtnerei gesucht

Zeit für was Neues. Ich bin 28 und habe eine Ausbildung als Karosseriebauer gemacht, aber immer wieder im Garten-Landschaftsbau gearbeitet und gemerkt, dass mir das Arbeiten an der frischen Luft viel Spaß macht.

zu theoretisch. Ich arbeite gerne mit Pflanzen, bin körperlich belastbar und möchte gerne leckeres Gemüse produzieren. Daher suche ich eine Ausbildung zum Gemüsegärtner ab 01.09.2015, oder auch zu einem späteren Zeitpunkt, in einem biologisch produzierenden Betrieb, möglichst in der Nähe von Berlin.

Göttinger Medienbüro

erstellt Druckvorlagen für Broschüren, Kataloge, Flyer, CD-Cover und Plakate, übernimmt Archiv-Recherchen, liefert Fotos, formuliert und redigiert Beiträge und Texte.

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation erscheint 11mal im Jahr

ISSN 0178-5737

Herausgeber: CONTRASTE, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V. Schönfelderstr. 41A 34121 Kassel

Spendenkonto: Volksbank Darmstadt eG, BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 51512405

CONTRASTE wird von etwa 20 Redakteurinnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen.

Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter: www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm

Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter: www.contraste.org/redaktions-selbstverstaendnis.htm

CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen:

10961 Berlin, Redaktion Berlin: Antonia Schui, antonia.schui@contraste.org, Christoph Chang, christoph.chang@riseup.net, Karl-Heinz Bächstädt, karl-heinz.baechstaedt@contraste.org, Johannes Dietrich, johannes.dietrich@contraste.org, Jürgen Weber, juergen.weber@contraste.org

22769 Hamburg, Redaktion Hamburg: Hilmar Kunath, Karl-Theodor Str. 16, (040) 39 90 41 96, hilmarkunath@web.de

28201 Bremen, Redaktion Bremen: Bernd Hüttner, Yorkstr. 37, bemhd.huettn@contraste.org

30167 Hannover, Redaktion Hannover: Ulrike Kümpe, ulrike.kuempe@contraste.org, Pia Kuehnemann, pia.kuehnemann@contraste.org

34117 Kassel, Redaktion Kassel: Sabine Conti, info@sconti-projektberatung.de

37085 Göttingen, Redaktion Göttingen: Kai Böhne, kai.boehne@contraste.org

39624 Badel, Redaktion Badel: Stefan und Vadim, kontakt@netz.coop

51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn: Heinz Weinhäuser, Düsseldorf Str. 74, (01 70) 58 38 900, heinz.weinh@contraste.org und Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, 50678 Köln, (02 21) 31 57 83,

ariane.dettloff@contraste.org

71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart: Peter Streiff, Schulstr. 15/1, (0 71 44) 33 22 56, peter.streiff@netz-bund.de

Österreich:

AT-8010 Graz: Brigitte Kratzwald, (0043-699) 11 28 65 57, brigitte.kratzwald@commors.at

AT-9020 Klagenfurt: Hans Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, (0043-46) 34 18 590, hans.wieser@contraste.org

Fachredaktionen:

Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, (07 61) 70 90 23, burghard.flieger@genossenschaften-t-online.de

Kritik der Geldlogik: 45549 Sprockhövel, Uli Frank, Wittener Straße 169, uli.frank@unverdiendet.de

Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin, Th-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, leh@zorro.wde, 27321 Thedinghausen, Uwe Giesla, Finkenburgerstr. 1, finkenburger@verden-info.de

Unser Zeitungsgründer Dieter Poschen

Nach dem Tod von Dieter Poschen im März 2013 hat CONTRASTE die Arbeiten und Aufgaben, die er übernommen hatte, neu verteilt. Vieles wird von den Redaktionen in Berlin und Kassel übernommen.

V.I.S.D.P.: Ulrike Kümpe über CONTRASTE e.V., Schönfelderstr. 41A, 34121 Kassel

Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung. Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei den Autorinnen, Kontakt über redaktion@contraste.org

Anzeigenverwaltung CONTRASTE e.V., anzeigen@contraste.org, Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr.9/15

Herstellung:

CONTRASTE e.V., Schönfelder Str. 41A, 34121 Kassel; Bildredaktion: Ulrike Kümpe; IT-Betreuung: Vadim und Steffen von netz.coop eG, http://netz.coop, webmaster@contraste.org; Layout: Eva Sempere, layout@contraste.org; Druck: Freiburger Druck GmbH & Co. KG

Kontakt:

Allgemeine Anfragen: info@contraste.org; Abonnieren: abos@contraste.org; Redaktion: redaktion@contraste.org; Termine: termine@contraste.org; Verein: vorstand@contraste.org; Internet: www.contraste.org; twitter: @contraste_org

Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter: http://lists.contraste.org/cgi-bin/mailman/listinfo/contraste-liste

KLEINANZEIGEN

Kosten:

- Privat bis zu 5 Zeilen 5 EUR (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 21 EUR (jede weitere Zeile 2,6 EUR)

Wichtig: alle Preise zzgl. 19% MWST. Private Stellengesuche sind kostenlos!

Chiffregebühren: 5 EUR

Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muss allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag. Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!

Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich 'ne Rechnung.

Termin: jeweils zum 15. des Monats

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)

Einschicken an: CONTRASTE e.V. Schönfelderstr. 41 A 34121 Kassel

ANZEIGEN

Direkte Aktion Totgesagte leben länger
Anarchosyndikalistische Zeitung
Schwerpunkt: Was Prekarisierung und Klassenbewusstsein (noch nicht) miteinander zu tun haben
Probeheft gratis! www.direkteaktion.org

Der Kaffee für den täglichen Aufstand!
Zapatistischer Kaffee & Espresso
Solidarischer Handel mit aufständischen indigenen Gemeinden in Chiapas - Mexiko
Café Libertad Kollektiv eG
Stresemannstr. 268 - 22769 Hamburg
Telefon: 040-20906892 * Fax: -93
www.cafe-libertad.de * cafe-libertad@gmx.de

DIE SINNE SCHÄRFEN!!!
JETZT TESTEN:
analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis
4 Ausgaben für 10 €
Bestellungen: www.akweb.de

... oder drei Wochen gratis testen: www.jungwelt.de/probeabo
Sie lügen wie gedruckt. Wir drucken, wie sie lügen.
Jetzt an Ihrem Kiosk
DIE TAGESZEITUNG junge Welt
Auftakt zum Widerstand
Mindestlohn schafft Schwarzarbeit, behaupten Wirtschaftsforscher ins Blaue hinein. Finanzminister will Zolkkontrollen aussetzen. Von Ralf Wurzbacher

anti atom aktuell
Zeitung für alle, die sich für die Verhinderung einer Atomkatastrophe interessieren
G7-Gipfel: Spitzen-Grundlage fürs allgemeine Wohlergehen
zehn mal im Jahr: Berichte | Meinungen | Analysen aus der antiAtom-Bewegung rund um den Erdball im Abonnement für 36 Euro
anti atom aktuell
Tollendorf 9
29473 Gohde
www.anti-atom-aktuell.de

graswurzel revolution

GEMEINSCHAFT

Mitmachkongress: utopival
3.-7.8.2015 (bei Köln)

Utopiegeugliche Alternativen werden hier diskutiert und gelebt. Wie alle Projekte vom Projekt- und Aktionsnetzwerk living utopia wird der 2. Mitmachkongress nach den begleitenden Motiven geldfrei, vegan, ökologisch und solidarisch organisiert und verwirklicht. Das utopival lädt zum Perspektivwechsel ein und möchte dazu anregen, mal außerhalb der gewohnten Konventionen zu denken und zu handeln.
Ort: Findhof, nahe Köln
www.utopival.org/

Aktionstage: Gemeinschaftliches Wohnen

4.9.-18.10.2015 (bundesweit)
Wohnprojekte, ambulant betreute Wohngemeinschaften, Nachbarschaftsinitiativen und Dorf-/Quartiersprojekte stellen sich vor. Eine Aktion des FORUM Gemeinschaftliches Wohnen e.V.
www.fgw-ev.de/index.php?id=275

WIRTSCHAFTEN und KLIMA

Sommerschule und Aktion: Degrowth und Klimagerechtigkeit
9.-16.8.2015 (Rheinisches Braunkohlerevier)

Das Braunkohlerevier ist die größte CO2-Quelle Europas und deshalb einer der zentralen Orte der aktuellen energie- und klimapolitischen Auseinandersetzungen. Die Sommerschule findet vom 9.-14. August in Kooperation mit dem Klimacamp Rheinland statt. Mit der Klimabewegung und der Degrowth-Bewegung verbinden sich zwei zentrale politische Bewegungen, um Wege für eine grundlegende sozial-ökologische Transformation unserer Gesellschaft auszuloten. Das gewählte Schwerpunktthema der Sommerschule soll – wenige Monate vor der nächsten Klimakonferenz in Paris – die Notwendigkeit eines umfassenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels unserer Gesellschaft sichtbar machen. Denn ohne eine Abkehr von der energiehungrigen Lebens- und

Wirtschaftsweise der Industrieländer wird es nicht möglich sein, die 2010 auf der UN-Klimakonferenz in Cancún beschlossene Zwei-Grad-Grenze einzuhalten.
Vom 14.-16. August findet am selben Ort die Aktion »Ende Gelände« der europäischen und weltweiten Graswurzelbewegung für Klimagerechtigkeit statt.
Ort: Großraum Rheinisches Braunkohlerevier, genauer Ort wird bekannt gegeben

www.degrowth.de/de/sommerschule-2015/ende-gelände.org

Wandelwoche und Kongress: Solidarische Ökonomie
5.-13.9.2015 (Berlin)

Ziel der Wandelwoche ist es, bereits existierende solidar-ökonomische Initiativen für eine breite Öffentlichkeit erfahrbar zu machen. Geplant sind Exkursionen zu Fuß, mit dem Fahrrad, mit Bahn und Bus zu Initiativen in Berlin und Brandenburg, die sich bereits in den Bereichen Nahrung, Wohnen, Kleidung, Mobilität, Energie und Kultur an der Praxis versuchen. Anschließend soll der SOLIKON2015 unter dem Motto »Solidarische Ökonomie in der Praxis« Beiträge zur notwendigen Transformation in Richtung Ökologisierung und sozialer, globaler Gerechtigkeit entwickeln und aufzeigen. Im Austausch mit wichtigen gesellschaftlichen Akteuren aus Medien, Gewerkschaften, Kirchen, Forschung, Bildung, Politik, NGOs und sozialen Bewegungen können Ziele, Strategien und erste Schritte kritisch reflektiert oder gemeinsam weiterentwickelt werden.
Ort: Technische Universität Berlin, Campus Charlottenburg
www.solikon2015.org/

DEMOKRATIE

Infoveranstaltung: Mehr Transparenz in der Politik
3.7.2015, 19-21 Uhr (Köln)

Als erstes Bundesland hat sich Hamburg 2012 nach einer Volksinitiative des Bündnisses »Transparenz schafft Vertrauen« ein Transparenzgesetz gegeben. Im Herbst 2014 ging daraufhin ein Transparenzportal im Internet online, auf dem interessierte Bürger relevante Informationen wie Verträge zur Daseinsvorsorge, Gutachten, Statistiken, Verwaltungsvorschriften und mehr finden können. In Nordrhein-Westfalen haben die Bürger seit 2002 das Recht auf Akteneinsicht. Der Einblick in Verwaltungsdaten muss aber umständlich beantragt werden und kostet häufig Gebühren. Das Bündnis »NRW blickt durch« aus Bund der Steuerzahler, Mehr Demokratie und Transparency Deutschland fordert deshalb ein Transparenzgesetz nach Hamburger Vorbild. SPD und Grüne haben die Verabschiedung eines solchen Gesetzes vereinbart. Im März ging als ein Schritt dazu das Portal Open.NRW online, auf dem Bürger viele Daten von Land und Kommunen finden können.
Thorsten Sterk, Pressesprecher von Mehr Demokratie, informiert über die Erfahrungen mit dem Transparenzgesetz in Hamburg und den Stand der Dinge in NRW.
Anmeldung an: gbs-mar@web.de.
Ort: Hinterhofsalon, Aachener Str. 68, 50674 Köln
www.nrw-blickt-durch.de

collaborate with diverse actors, and develop your personal capacities. For university students from European universities who want to become change agents. The working language is English.
Ort: Alte Feuerwache Berlin-Kreuzberg, Axel-Springer-Str. 40/41, 10969 Berlin
www.vfh-online.de/

KRIEG und FRIEDEN

Camp: War starts here. Let's stop it here
25.7.-3.8.2015 (Gefechtsübungszentrum bei Magdeburg)
Mobilmachung findet statt: konsequent arbeitet die Regierung daran, dass Kriege wieder »normales« Mittel der Politik sind. Ganz praktisch schaffen sie die Voraussetzungen dafür, und mental stimmen sie die Bevölkerung darauf ein, dies zu akzeptieren. Dieser Mobilmachung wollen die OrganisatorInnen etwas entgegensetzen, in den Köpfen der Menschen ebenso wie auch ganz praktisch. Abrüstung ist Handarbeit.
www.war-starts-here-camp-2015.org

GESELLSCHAFT

Wochenendseminar: Become a Change Maker - Shaping societal transformations in the 21st century!
10.-12.7.2015 (Berlin)

An increasing number of young people are waking up to the fact that our generation carries an enormous responsibility to respond to the daunting challenges of the 21st century: Climate change, financial crisis, epidemics, poverty, war and conflict. In this seminar, we bring you together with a group of young people already working on positive changes in their organisations, communities and societies. You focus on topics of sustainability, human rights, migration, health or poverty. You will learn to better understand and strategically work with system dynamics, effectively

STILLING BUKO!

BUKO BRAUCHT KOHLE.

Für linke Debatten und Transnationale Vernetzung

Verein zur Förderung entwicklungspädagogischer Zusammenarbeit e.V.
Darlehensgenossenschaft eG Kiel
BLZ 210 602 37, Konto: 234 389
IBAN DE 64 2106 0237 0000 2343 89
BIC bzw. SWIFT GENDEF1EDG
www.buko-braucht-kohle.de

ANZEIGEN

KOMMUNAL POLITIK machen
– eine grüne Gebrauchsanweisung **4.** aktualisierte und erweiterte Auflage

Grundlagen
Was passiert im Gemeinderat oder Kreistag? Wie funktioniert das mit den Geschäftsordnungstricks?

Strategie
Wie geht Opposition, wie „regiert“ es sich mit einem Koalitionspartner? Wo stecken im Ort Bündnispartner, wo der Nachwuchs?

Alltag
Wo ist eigentlich die Zeit geblieben? Welche Arbeitshilfen gibt es? Politik-Lust statt Frust – wie schaffen Ehrenamtliche das?

Antworten auf diese und viele andere Fragen gibt unser Leitfaden fürs Politikmachen vor der eigenen Haustür.

Bielefeld 2014, 200 Seiten, ISBN 978-3-9803641-4-0, Preis: 12,00 € + Versand

AKP Alternative Kommunalpolitik, Luisenstr. 40, 33602 Bielefeld
Tel. 05 21-17 75 17, Fax 05 21-17 75 68
akp@akp-redaktion.de, www.akp-redaktion.de

express

Niddastraße 64 60329 FRANKFURT
express-afp@online.de
www.express-afp.info
Tel. (069) 67 99 84

Ausgabe 5/15 u.a.:

- Andreas Bachmann: »Das neue Vier-Gefühl im DGB« – Zur »IG Kooperation«
- Peter Birke / Stefan Kerber-Clasen: »Vielleicht ein Anfang« – über die Streiks im Sozial- und Erziehungsdienst
- Geert Naber: »Ausgeliefert!« – Warnstreiks bei DHL und das Ende der heilen Postwelt
- Peter Bremme: »Was Flüchtlinge in Gewerkschaften suchen« – Das Beispiel Hamburg
- Anna Dohm: »Das perfekte Chaos« – Über Widerstände gegen die EXPO 2015
- Eleni Dimitriadou: »Nicht verhandelbar« – Über die Karawane der Solidarität in Griechenland
- John Milios / Dimitri Dimoulis: »Gorgopotamos in Alamana« – Über die ersten Monate der Syriza-Regierung
- Erik Forman: »Stehcafe-Schwitzbude« – Über einen Anfang bei Starbucks

Ich möchte den express kennenlernen und bestelle ein kostenfreies Probeexemplar

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN

Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 EUR/europ. Ausl. 51 EUR (incl. Versand).

Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens 3 Wochen vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.

Name: _____

PLZ, Ort, Straße: _____

Gruppe/Betrieb/Beruf: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber: _____

Geldinstitut: _____

Konto-Nr.: _____ BIZ: _____

schriftlich

Datum: _____ Unterschrift: _____

Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung.
Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Schönfelderstr. 41A, 34121 Kassel, einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn

Ich habe am

die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45/51 Euro abonniert. Ich weiß, dass ich das Abonnement innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.

Dazu genügt eine Postkarte an:

CONTRASTE-Vertrieb,
Schönfelderstr. 41A,
34121 Kassel

Unterstützt die zapatistische Selbstverwaltung!

Kaffeekollektiv Aroma Zapatista eG

Solidarischer Handel mit zapatistischem Kaffee und Tee

Infos und Online-Shop:
www.aroma-zapatista.de
kaffeekollektiv@aroma-zapatista.de

UNWRITTEN HISTORY

25 ANTWÖRTE UND WÖRTMELDUNGEN AUS AKTIVISMUS, KUNST UND WISSENSCHAFT

NEUERSCHEINUNG MÄRZ 2015

Broschür, 140x205 mm
400 Seiten, 19,80 EUR (D)
ISBN 978-3-942885-77-3 | WC 973
edition assemblage

historienkollektiv.buamikaas (hrsg.) | Linke Geschichtspolitik und kritische Wissenschaft. Ein Lesebuch.
online bestellbar unter: www.fair-bestellwerk.de | www.historyisunwritten.wordpress.com